

Forwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal, monatlich 1,00 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal, eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonien-zeile oder deren Raum 40 Pfg. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Ruff 1, Nr. 1608.
Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.

Dienstag, den 22. November 1898.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.

Gewissensverfehrung.

„Jedes politische Attentat ist der Ausdruck eines verkehrten Gewissens, welches, wenn auch nicht eine Rechtfertigung, so doch seine Erklärung findet in den ihm vorausgegangenen allgemeinen Zuständen des Gesellschaftslebens.“

So lesen wir in einer jüngst erschienenen Abhandlung des Professors der Rechte an der Universität Basel Dr. L. Oppenheim*), betitelt: Das Gewissen.

Wir glauben den Männern hinter und um Stumm und die „Post“ herum eine besondere Freude zu machen, wenn wir ihnen, wie neulich den Grazer Professor der Rechte Vargha jetzt den Baseler Gelehrten vorführen.

Oppenheim stützt sich auf die psychologischen Darlegungen von Eifenhans**) und untersucht Wesen, Ursprung, Entwicklung und Funktion des Gewissens und kommt dann auf die Veränderungen desselben, vor allen nach der Schlimmen, der „verkehrten“ Seite zu sprechen. Wie Gesetze, Sitten und Anschauungen, so ist natürlich auch jene Seelenkraft, die wir Gewissen nennen, der Umbildung und Wandlung fähig. Das Gesamtwissen, dieser „oberste Gerichtshof“, wie Oppenheim einmal sagt, ist also wandelbar. Aber auch das Gewissen einzelner und ganzer Gesellschaftsschichten kann sich von dem Gesamtwissen wesentlich differenzieren.

Professor Oppenheim untersucht auch die Ursachen zu solcher Gewissensverfehrung und er kommt dabei zu Resultaten, die viel zu denken geben, aber genau mit dem zusammenstimmen, was wir oft und oft über die nämlichen Dinge geäußert haben.

Hören wir, was der Baseler Gelehrte über Gewissensverfehrung sagt:

„Ganz drastisch ist der Einfluss, den Ereignisse im Gemeinschaftsleben auf das Gewissen der Massen haben. Die großen Epidemien und der Krieg geben dafür belehrende Beispiele. Es ist bekannt, daß Epidemien gewissenlähmend auf die Massen wirken. Der Schrecken des nahen Todes ist ein so fürchtbarer, daß Unzählige jeden stillen Boden unter den Füßen verlieren und an nichts anderes denken als daran, im tollsten Sinnedammel die kurze Frist noch zu genießen, welche der Tod ihnen schenkt. Und ebenso ist bekannt, daß der Krieg die Gewissen der daran Beteiligten vielfach abstumpft. Nach jedem großen Kriege, den ein Volk, sei es siegreich, sei es unterliegend, durchgemacht, steigt die Zahl der Verbrechen, welche die Folgen eines gewaltthätigen Sinnes sind, ganz bedeutend. Tödtung, Körperverletzung, Sach- und Beschädigungen u. s. w. sind diese Verbrechen. Diejenigen, welche die Schlachten geschlagen, haben sich eben benützt und unbenützt daran gewöhnt, den Verth fremden Lebens, fremder Gesundheit und fremden Eigentums geringer zu achten als vorher. Ihr Sinn für fremdes Eigentum (für Achtung fremden Eigentums) ist ebenso geschwächt worden, wie ihr Mitgefühl und ihr Verständnis für die bürgerliche Friedensordnung. Auch verwandelt sich beim siegenden wie beim besiegten Volk durch den Krieg der Patriotismus vielfach in den Chauvinismus und dieser letztere droht alle Forderungen des Gewissens hinsichtlich der Verwertung fremder Nationen zu erfüllen.“

Interessant wird es den Gesinnungsgenossen der „Post“ gewiß auch sein, zu vernehmen, daß Professor Oppenheim die Duellseuche unter die Gewissensverfehrungen rechnet, gegen welche seine einzige Hoffnung die bleibt, „daß hochstehende Personen wiederholt ein der Unsitte entgegen tretendes Beispiel geben“. Wir fürchten nur, daß er dann lange auf eine Heilung der kranken Gewissen warten müssen. Er schreibt:

„So gebieten uns z. B. Religion und Moral die Demuth und die Verzeihung des uns angethanen Schimpfes, und sie und das Recht verbieten uns den Angriff auf Leben und Gesundheit anderer Menschen. Aber wenn wir in gewissen Ländern leben und gewissen Gesellschaftskreisen angehören, so zwingt uns die Sitte (lies: Unsitte!) den Zweikampf auf, wenn wir, was man so nennt, beschimpft worden sind. Und so mächtig ist gerade in diesen Punkten die Sitte, daß sie das Gewissen bestimmter Kreise geradezu verkehrt, und in mancher Richtung an die Stelle der allgemeinen Moral eine davon abweichende Standesmoral setzt. Denn da, wo der Zweikampf heimisch ist, wird er in vielen Fällen den Angehörigen der betreffenden Kreise zur Gewissenspflicht: ihr Gewissen und ihre Standesmoral drängen sie zum Zweikampf, obgleich Religion, Moral und Recht sie davon abhalten wollen.“

Auf Gewissensverfehrung führt Oppenheim auch die anarcho-syndikalistischen Attentate zurück; und diese Ursache wieder sucht er zu begründen und abzuleiten, ohne freilich dem Uebelthäter daraus ein Entlastungsmoment zu machen. Diesbezüglich heißt es in unserer Broschüre:

„Laster so meines Erachtens auf dem Träger des verkehrten Gewissens die ganze und volle Verantwortlichkeit, so zeigt die Thatsache der Gewissensverfehrung doch in vielen Fällen von großen Umständen im gesellschaftlichen Körper.“

Eine solche Verfehrung dessen, was die Gesellschaft selbst als den höchsten Richter anerkennt (d. i. des Gewissens) wäre nicht möglich, wenn nicht schwere Missethate sie hervorgerufen würden. Wie furchtbarlich muß z. B. das Elend der Massen sein, wenn eine Lehre, wie die von der Propaganda der That begeisterte Anhänger finden konnte. Ueberall — das kann man mit aller Bestimmtheit behaupten — wo eine allgemeinere Gewissensverfehrung vorliegt, trägt die Gesellschaft selbst eine drückend schwere Schuld und die Verfehrung der Gewissen weicht erst, wenn die sie verursachenden Missethate abgestellt oder doch wenigstens

gemildert werden. Das lehrt die Geschichte der Menschheit, in welcher das verkehrte Gewissen eine gewaltige Rolle spielt, denn kein Volk und kein Jahrhundert, ja keine Generation ist frei von furchtbaren Erscheinungen der Gewissensverfehrung. Jedes große gesellschaftliche Unrecht setzt sich in eine Gewissensverfehrung um und führt so zu einer furchtbaren Mache an der Gesellschaft selbst.“

Wir haben nicht die Absicht, den ganzen Inhalt der sehr beachtenswerthen Oppenheim'schen Broschüre im Auszug wiederzugeben und Erörterungen darüber anzustellen. Es sei nur noch bemerkt, daß er als Beweise für die Entwicklungs- und Vervollkommnungsfähigkeit des sozialen Gewissens das Völkerrecht (d. h. die winzigen Anfänge zu einem solchen, die wir haben!) anführt, ferner die Bestrebungen der Weltfriedens-Freunde zur Beseitigung des Krieges, endlich aber auch die Bemühungen zur Lösung der Arbeiterfrage.

Hierzu heißt es in der Broschüre:
 Aus der Gegenwart bietet die Arbeiterfrage ein gewaltiges Beispiel der Umgestaltung und Vertiefung des Gewissens. Religion und Moral haben früher die Wohlthätigkeit und die damit zusammenhängenden Tugenden gelehrt, aber um die soziale Lage der unteren Klassen haben sie sich ebenso wenig gekümmert wie das Recht. Seitdem aber die Arbeiterfrage aufgetaucht ist, hat eine Veränderung stattgefunden. Moral und Religion haben ihre Lehren auf die soziale Frage abgedehnt und das Gewissen der Menschheit hämmert mit lauten Schlägen wegen des furchtbaren Elends, in welchem die unteren Klassen ihr Dasein verbringen müssen. Ist auch noch viel Sturm und Drang in dieser Bewegung und kennen wir auch ihr Ziel und Ende noch nicht, so kann sie doch nicht mehr unterdrückt werden. Es ist der Gesamtheit (mit den bekannten gewissen Ausnahmen!) die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände ins Gewissen getreten, und dieses Gewissen ruht und rastet nicht und läßt stets und ständig auf die Verbesserung der Zustände hinarbeiten.“

Ganz so hoffnungsvoll und vertrauensvoll betrachten wir ja die Dinge nicht, und wir wissen gar wohl, daß es noch viele, schlafende, rückständige und verkehrte Gewissen giebt, die zurecht gerüttelt werden müssen. Aber es ist uns immerhin schätzenswerth, daß hier ein tiefer als gewöhnlich deutender Jurist, der nichts weniger als Sozialdemokrat ist, ein so verständiges Urtheil über brennende Fragen abgibt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. November.

„Die kaiserlose, die schreckliche Zeit“ — sie geht nun zu Ende. Am Dienstag kommt der Kaiser in Pola an, dort verläßt er die „Hohenzollern“, fährt mit der Bahn nach München, wo er den Prinzregenten von Bayern sprechen wird. Dann geht die Fahrt nach Karlsruhe zum badischen Großherzog. Ende der Woche wird der Kaiser wieder in Berlin sein.

In München, so meint man, will der Kaiser über die noch immer unentschiedene Frage des obersten Gerichtshofes verhandeln, in Baden wird es sich vielleicht um den Fall Lippe handeln. In Berlin gilt es dann den Reichstag eröffnen. Das politische Leben gewinnt wieder volle Bewegung.

Es hat sich ja allerlei Zündstoff aufgesammelt, was freilich nicht nur dann der Fall ist, wenn der Kaiser verreist, sondern auch wenn er daheim ist. Die Stimmung ist jedenfalls bei seiner Heimkehr so, daß er einen Empfang à la Damaskus, wie ihn einige profilitische Lieferanten von Dekorationsstücken wünschen, gewärtigen könnte. In der Aera der Majestätsbeleidigungs-Prozesse, in der Zeit des Falls Lippe, in Sicht der Kämpfe um Zucht-Haus- und Umsturzgesetze ist der Sinn selbst des zu jedem Byzantinismus neigenden Bevölkerungstheiles so ernst gerichtet, als daß man zum Feste feiern irgendwie Lust verspürte.

Die Fahrt ins gelobte Land der Christenheit geht zu Ende. Wird nun auch etwas vom Geiste echter Menschenliebe, von Gerechtigkeit gegen die Schwachen und Unterdrückten in unser politisches Regiment Einzug halten? —

Wahlstatistische Klunkereien. Die reaktionären Blätter konservativer und liberaler Richtung gefallen sich fortgesetzt darin, auf Grund der Berechnungen in der mehrfach genannten wahlstatistischen Broschüre von Dr. Adolf Neumann-Hofer hervorzuheben, daß nur in zwei Wahlkreisen die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ausgemacht habe, und knüpfen daran die alberne Folgerung, daß es möglich gewesen wäre, den Sozialdemokraten alle Mandate bis auf zwei zu entreißen. Ja, manche versteigen sich sogar zu der Behauptung, daß die übrigen 54 Sozialdemokraten eigentlich zu unrecht im Reichstage sitzen, indem sie es, ohne die Spur eines Beweises zu versuchen, als selbstverständlich hinstellen, daß alle Wähler, die ihre Stimme nicht abgegeben haben, Gegner der Sozialdemokratie sind. Das ist, wie mehrfach ausgeführt, ganz zweifellos falsch.

Wie dem aber auch sei, geradezu schamlos ist es von diesen Gefellen, angesichts der vorliegenden Wahlergebnisse bei ihren Lesern den Glauben erwecken zu wollen, daß die Sozialdemokratie ungerechtfertigterweise verhältnismäßig zu stark im Reichstage vertreten sei. In derselben Quelle, die oben angeführt ist, können die Herrschaften nachlesen, daß die sozialdemokratische Stimmenzahl größer ist als die der beiden konservativen Parteien mit ihren sämtlichen Anhängern von Antisemiten, Landwirths- und Bauernbündlern zusammengenommen, und daß auch alle vier liberalen Parteien noch lange nicht an die

Sozialdemokratie heranreichen. Sie können da ferner lesen, daß der Sozialdemokratie nach ihrer Stimmenzahl eine Reichstags-Vertretung von 108 Mandaten gebührt, daß also 52 Mandate, die eigentlich den Sozialdemokraten gebühren, zu unrecht von anderen Parteien, und zwar namentlich von den Konservativen und dem Zentrum besetzt sind, namentlich infolge der jammervollen Wahlkreis-Eintheilung, die einem hinterponmerischen Landwähler ein fünfzehnfach größeres Wahlrecht giebt, als einem Berliner Wähler. Führt das gefälligst Euren Lesern auch vor, ihr Herren! —

Ein deutscher Landesverraths-Prozess spielte vor einigen Tagen vor dem Reichsgericht in Leipzig. Es handelte sich um eine ganz gemeine Spionen-Affäre, eine jener Affären, die das Jahr zu Duzenden vorkommen und von denen die eine der anderen gleicht wie ein Ei dem andern. Trotzdem wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen — worüber wir uns nicht wundern, da das Departement der militärischen Spionage für alle Staaten ohne Ausnahme eine partis honteuse ist, das heißt eine Schmutzerei, deren jede Regierung sich schämt, obgleich sie ihrer zu bedürfen glaubt. Deshalb wir der Sache erwähnen, das hat einen anderen Grund. Keine der deutschen Zeitungen, die seit einem Jahr Ströme von Dinte und Zentner von Druderschwärze dazu verwendet haben, um die Ausschließung der Öffentlichkeit in einem französischen Spionenprozeß gebührend zu brandmarken, hat auch nur mit einem Wort den Ausschluß der Öffentlichkeit in diesem, wie so ziemlich in allen deutschen Spionenprozeßen gerügt. Es bestätigt dies von neuem die alte Beobachtung, daß es weit leichter ist, die Wahrheit und das Recht in der Ferne zu sehen als in der Nähe. Und wir hatten ja schon des öfteren Gelegenheit, den Nachweis zu liefern, daß die Presse in politischen Ländern sich ihren Radikalismus für das Ausland aufspart, und ihren Servilismus nach Innen mit diesem Export-Radikalismus zu verdecken sucht. Die russische Regierungspresse schreibt über England, Deutschland und Frankreich so radikale Artikel, daß wir sie nicht radikaler schreiben könnten. Im Innern des Mutterlands aber ist alles gut, edel und schön. Etwas von dieser russischen Art hat auch ein sehr großer Theil der deutschen Presse, und zwar die fortschrittliche und bürgerlich demokratische nicht ausgeschlossen.

Gewiß ist der Ausschluß der Öffentlichkeit in Spionenprozeßen ein Schlag ins Gesicht des Prinzips der Öffentlichkeit, das die einzige sichere Bürgschaft des Rechts und einer unparteiischen Rechtspflege ist; aber wenn es das für Frankreich gilt, dann natürlich auch für Deutschland.

Statt mit zwei Mähen zu messen und die Logik mit Füßen zu treten, ist es die Pflicht der freien Kritik, anzuerkennen, daß der Ausschluß der Öffentlichkeit bei Spionenprozeßen sich aus der Art des Verbrechens selbst ergibt, an dem die Regierung des anliegenden Staats ebenso wohl theilhaftig ist, wie die Regierung des Staats, dem der Angeklagte angehört oder in dessen Interesse er sein schmutziges Handwerk treibt. Wir geben zu: die Regierungen können den Spionagedienst, den sie alle gleichmäßig ausgebildet haben, unmöglich der Öffentlichkeit preisgeben. Allein folgt daraus, daß der Ausschluß der Öffentlichkeit in Spionenprozeßen zu billigen ist? Mit nichten! Der vernünftige Schluß ist: weg mit dem System, aus dem der Anflug des Spionagedienstes hervorgegangen ist; und weg mit der Politik, welche aus jenes System sich stützt. Das System ist das des Militarismus und der stehenden Heere, und die Politik die der Unterdrückung nach Innen und der Verheerung nach Außen.

Das ist es, was die Sozialdemokratie erstrebt, und unter sämtlichen Parteien sie allein. —

Zum Bergarbeiterschuß. Der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ wird berichtet:

Wegen Befreiung von den bergpolizeilichen Vorschriften betr. Veriefelung der Grubenräume haben sich zahlreiche Zechen an das künft. Oberbergamt in Dortmund gewandt. Infolge dessen hat dieses eine besondere Kommission ernannt, welche die betr. Gruben befahren und feststellen soll, ob eine Kohlenstaub-Explosionsgefahr auf demselben — sei es infolge hinreichender natürlicher Feuchtigkeit in den Flözen, oder daß die Kohle zur Staubbildung überhaupt nicht neigt — nicht vorhanden ist. Nur in diesem Falle wird den Anträgen der betreffenden Zechen vom Oberbergamt Folge gegeben werden. Uebrigens haben die meisten Zechen mit der Anlage von Veriefelungs-Einrichtungen bereits begonnen, während einige wenige solche schon in Betrieb genommen haben. Die Höhe der Anlagelosten ist auf den verschiedenen Gruben eine sehr ungleichmäßige.

Wir wollen hoffen, daß darüber, ob in einer Grube die Veriefelung wirklich nicht nöthig ist, auch die Belegschafte der Gruben gehört werden. Die Kommission, die die Gruben befährt, wird doch wohl kaum in jeden Winkel der Gruben kommen. Daß in einem Falle wie hier, wo es sich um die Verhütung von Unglücksfällen handelt, die Belegschafte den Muth haben werden, ihre Meinung ohne Rücksicht auf die Zechenverwaltungen zu äußern, darf man wohl annehmen. —

Deutsches Reich.

Die **Etatstärke des deutschen Heeres** für das Rechnungsjahr 1899 wird nach der Uebersicht, die dem Bundesrath vorliegt, bereits von der „Münch. Allg. Ztg.“ angegeben. Die Figuren sind fast genau dieselben wie die des Etats von 1898. Die Änderungen nämlich, welche der Militärstat durch die beabsichtigte Militär-

*) Basel, Verlagsbuchhandlung v. C. Schwabe 1898.
 **) Eifenhans, Wesen und Entstehung des Gewissens, eine Psychologie der Ethik, Leipzig 1894.

vorlage erachtet, sind bei den betreffenden Angaben noch nicht verächtigt.

Eine gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit will, wie die „Zeitg. Bg.“ verstanden zu können glaubt, die Regierung nicht annehmen. Die Regierung werde nur in eine Fortdauer des Provisoriums willigen und dieses wahrscheinlich auf abermal fünf Jahre abmessen. Es sollen noch weitere Erfahrungen gesammelt werden, ob auch die der zweijährigen herabgegangene Landwehr dasselbe leisten, wie bei der früheren dreijährigen Dienstzeit.

Ueber den Inhalt der Postreformen, welche nach Abschluß der verschiedenen Konferenzen zur Vorlage an den Bundesrat ausgearbeitet werden sollen, wird von verschiedenen Seiten gemeldet, daß außer der Erhöhung des Höchstgewichts der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gramm eine Herabsetzung des Orts-Briefpostgelbes für den Berliner Stadtbezirk von 10 auf 5 Pfennig vorgeschlagen werden soll. Auch weitere Herabsetzungen des Briefpostes im Ortsverkehr sind geplant. Die Privatposten sollen für den durch die Ausdehnung des Postregals auf die Beförderung geschlossener Briefe ihnen entstehenden Anfall durch eine einmalige Entschädigung abgefunden werden. Im neuen Postzeitungs-Tarif soll ferner nicht mehr allein der Abonnementsbetrag einer Zeitung zur Grundlage für die Berechnung der Postgebühr gemacht werden, sondern auch das Gewicht, daneben auch die Häufigkeit des Erscheinens einer Zeitung.

Die meisten dieser Reformen sind ja von der öffentlichen Meinung schon seit Jahren gefordert worden. Auch ist die oft gestellte Frage zu wiederholen, ob sich die Postverwaltung denn nicht endlich auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Behandlung der Angestellten zu Reformen bequemen will. Unsere Vertreter im Reichstage werden auch die Frage der Erhöhung der Unterbeamtengehälter im Blick zu erhalten wissen.

Auch die diesjährige Novelle zum Invaliditäts-Versicherungsgesetz, die demnach dem Reichstage vorgelegt werden wird, enthält, ebenso wie die vorjährige, die Bestimmung, daß zu den bisherigen vier Lohnklassen noch eine fünfte kommen soll, für diejenigen Versicherten, deren Jahresarbeitsverdienst den Betrag von 1150 M. übersteigt. Es wird hierdurch höhergelohnten Arbeitern und Betriebsbeamten ermöglicht, gegen Entrichtung höherer Beiträge eine höhere Rente zu erwerben. Die aus den gesetzlichen Bestimmungen sich ergebende Lohnklasse soll nun aber wie gegenwärtig so auch künftig nur den Mindestbetrag ergeben, welcher für den einzelnen Arbeiter bei der Versicherung zu Grunde gelegt werden muß. Im Falle eines Einkommensrückfalls zwischen dem Arbeitgeber und dem Versicherten können Marken auch für jede höhere Lohnklasse verwendet werden: der höhere Beitrag muß dann aber, ebenso wie der Beitrag in der an sich maßgebenden niedrigeren Lohnklasse, vom Arbeitgeber und dem Versicherten je zur Hälfte getragen werden. Die hieraus sich ergebende Mehrbelastung des Arbeitgebers hat in manchen Fällen das Zustandekommen der Vereinbarung und dadurch die für den Versicherten wünschenswertere höhere Versicherung verhindert. Die Novelle zum Invaliditätsversicherungsgesetz sieht deshalb, indem sie gleichzeitig die Befugnis zur Höherversicherung mehr hervorhebt, eine Änderung insofern vor, als sie die Höherversicherung von der Zustimmung und Mitwirkung des Arbeitgebers unabhängig macht. Der Versicherte soll nämlich die Versicherung in einer höheren, als der gesetzlich für ihn maßgebenden Lohnklasse stets beanspruchen können, wenn er die Mehrkosten der Höherversicherung allein tragen will; der Arbeitgeber hat dann also auch im Falle dieser Höherversicherung nur den für den Versicherten gesetzlich maßgebenden niedrigen Beitrag zur Hälfte zu tragen. Einer besonderen Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Versicherten soll es nur noch dann bedürfen, wenn der Arbeitgeber auch den höheren Beitrag tragen soll. Allzu häufig wird ja, wie man weiß, seitens der Arbeiterbevölkerung von der Befugnis zur Höherversicherung nicht Gebrauch gemacht, und wir glauben deswegen nicht, daß die neue Bestimmung besondere Erfolge haben wird.

Der sonst ganz muckersche Evangelische Bund hat sich einmal als auhergevollständig weitherzig erwiesen. Der so berüchtigt gewordene Graf Doensbroek hatte wegen seiner bekannten Affären die Aemter im Zentralvorstand dieses Bundes niedergelegt. Darauf empfing der Graf ein Schreiben des Bundes, in dem es heißt:

Mit tiefem Schmerz haben wir die Erklärung Ihres Austritts aus dem Zentralvorstande empfangen; aber dieser Schmerz war nur der letzte Tropfen des bitteren Kelches, den wir für Sie und mit Ihnen getrunken haben. Wir begreifen, wie Sie zu diesem Entschlusse gekommen sind. Sie wollen nicht, daß ein Theilwille ein Schattens auf den Evangelischen Bund falle. Wir begreifen auch, daß wir es Ihrer wiederzufindenden Ruhe schuldig sind, Sie für jetzt freizugeben. Außer Hande, das Key zu zerreißen, in das Sie verstrickt worden sind, können wir heute nichts weiter thun, als Sie des ungeduldeten Vertrauens zu versichern, das wir zu Ihrer vollkommenen Ehrenhaftigkeit haben. Wir leben des festen Glaubens, daß der Gott der Gerechtigkeit und der Wahrheit Sie über kurz oder lang auch öffentlich wieder zu allen Ehren bringen und Ihnen bald die Freundschaft zurückgeben wird, sich an unseren Arbeiten weiter zu beteiligen.

Es ist wirklich ein Zeichen großer Duldsamkeit, daß der „Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“ nicht darin findet, wenn ein Mitglied seines Zentralvorstandes durch die Zeitung eine reiche Frau sagt, deren Religion gleichgültig ist. Da rede man noch von theologischer Engstirnigkeit und Minderheit!

Gegen das „Sacharinelikier“ ruft die „Wochenschrift für Brauerei“ die Arbeiter und die ärmeren Bevölkerungsschichten wieder einmal auf, und Herr Professor Waacke-Halle spint diesen Faden in der „Deutschen Tageszeitung“ weiter.

Dieses Aufheben hätte es weiter nicht bedurft, denn die Sozialdemokratie hat im Reichstage die Verschärfung von Nahrungs- und Genussmitteln durch künstliche, nährverhüllende Säbmittel mit am aller-schärfsten bekämpft und in dieser Beziehung viel korrekter gehandelt wie der Deutschfreisinn, der hier zuletzt in eine ganz ausschließliche Sachgasse sich verannt hatte. In der Kommission hatten die Arbeitervertreter einzelne Anträge gestellt, die weiter gingen, wie das schließlich fast einstimmig zur Annahme gelangte Gesetz. Wir wüßten also nicht, warum die Arbeiter einer Fortbildung des Gesetzes widerstreben sollten, wenn es seinen Zwecken wirklich nicht genügt.

Andererseits zeigen gerade die Beispiele des Brauerfabrikanten, wie schwer es bei der Beweglichkeit und Fingigkeit des heutigen Verkehrs ist, selbst anerkannte Missethäter einfach durch Gesetzesparagrafen aus der Welt zu schaffen. Nach dem vorjährigen Besetze durfte vom letzten 1. Oktober an Sacharin zur Herstellung von Bier nicht mehr benutzt werden. Damit glaubte man sogenannten Brauereien das Handwerk legen zu können, die, wie man behau, et. alle Biergelager des Gefolters mit drei Mark anlaufen, es mit wahren Kaffertuthe verdünnen und dann dieses namenlose Gemisch kräftig mit Sacharin versetzen, das dem Ganzen seinen Geschmack verleiht. Nach dem Brauerblatt heißen sich diese „Pantser“ nun in folgender Weise:

Anfangs schloß man hinter den Bierflüßchen, die sacharin-freies „bitteres“ Bier an die Kunden verkaufen, Sacharinmänner her, die, sobald der Aufseher das Feld geräumt hatte, in Altona traten und mit ihren Tabletten drauf los pantsteten. Jetzt macht man es schon viel bequemer und einfacher. Jetzt gibt man gleich die Pantstaportelle dem Aufseher mit, der die Tabletten entweder den Kunden schenkt oder aber verkauft, das Stück für 2 M.; dabei macht er noch ein Geschäftchen, denn 1000 Stück kosten nur 10 Mark.

Prof. Waacke-Halle dieser Schilderung noch hinzu: „Wie dieses Geschäft seinen Raum lohnt, ist daraus zu ersehen, daß es unter diesen sogenannten Brauereien solche gibt, welche bis 12 Wagen in den Straßen der Arbeiterviertel umherfahren lassen und deren Jahresumsatz bis auf 20 000 Mark geschätzt wird.“

Wir nehmen von diesen Mitteilungen zunächst Kenntnis, bis auch noch andere und vielleicht weniger partielle Kreise zu Worte

gekommen sind. Vor allem das Reichs-Gesundheitsamt hätte Anlaß, sich über diese Sorten von „Bier“ auszusprechen.

Die Organisation der Post-Unterbeamten wird jetzt unter Herrn v. Roddebeck ebenfalls verfolgt, wie seiner Zeit unter dem alten Postchef Stephan. Als Herr v. Roddebeck seiner Aufsichtsbahn entlassen und an die Spitze der Reichspost gestellt wurde, da gab er sich als sozialer liberaler Mann, und er erklärte, daß er den Organisationsbestrebungen der verschiedenen Beamtenkategorien keine Schwierigkeiten bereiten werde. Kaum aber hatten die Unterbeamten einen — nebenbei gesagt absolut patriotischen Verband gegründet, da begann auch von oben herab die Chikanierung dieses Verbandes, genau so, wie Stephan und Hülber den Postassistenten-Verband geschmährt hatten. So wird gegenwärtig aus Garmisch gemeldet, daß dort 25 Post-Unterbeamten gekündigt worden ist, von denen einige in zwei bzw. drei Jahren bereits den Ruhestand erreicht geworden wären. Der Grund für die Maßregelung war, daß die Betroffenen die mitgliedige Zeitung „Der Postbote“ gelesen haben. Anders macht es Herr von Stumm auch nicht. Hier wie dort werden die Arbeiter durch Hunger gezwungen, der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu entsagen. Ob dies einer großen Reichsbehörde würdig ist?

Ein kleiner Krach ist wieder einmal in der freisinnigen Volkspartei entstanden. Es wurde nämlich der geschäftsführende Ausschuss dieser Partei neu gebildet und zwar wählte man die Herren Eug. Richter, Dr. Müller, Hülber, Koysh und Dr. Müller-Sagan. Diese neue Parteibehörde beschloß nun sofort eine geharnischte Resolution gegen gewisse auffällige Berliner Parteigenossen. Diese Resolution giebt der „entschiedenen Mißbilligung“ Ausdruck über die Art und Weise, wie in einzelnen Bezirksvereinen vor dem Hälleschen Thore in Berlin, die sich der freisinnigen Volkspartei zurechnen, die Partei, ihre Abgeordneten und ihre Zeitung fortgesetzt zum Gegenstande von ansehnlich lebensgefährlichen, wie wahrheitswidrigen Angriffen gemacht werden. Die Herren haben ferner dem offiziellen Partei-Organe, nämlich der „Freisinnigen Zeitung“ des Herrn Eugen Richter, ihre „besondere Anerkennung“ für die hiergegen gerichtete „sachgemäße“ Abwehr ausgesprochen.

Hoffentlich sind die angeordneten Parteigenossen nun genügend zerschmettert, um von weiterer Opposition gegen die Parteigrößen abzulassen. Ihr Vorgehen hatte darin bestanden, daß sie die verdächtigsten mangelhaften Magazine derer um Richter an einigen Punkten zu durchbrechen strebten. Das konnte natürlich nicht ungesühnt bleiben.

Unser neuerlicher Artikel über die Weltlage und den Notenschwindel liegt den „Neuesten Nachrichten“ noch immer im Magen. Sie wollen nie gegen England gehetzt haben. Sie sollen nur ihre eigenen früheren Jahrgänge durchlesen. Und um die deutsche Flotte der englischen ebenbürtig zu machen, verlangen sie bloß eine halbe Milliarde. Das ist doch gar zu bescheiden. Oder kann das Welt wirklich nicht das Einmaleins? Zwanzig mal eine halbe Milliarde — das wäre zwar weniger bescheiden, läme der Wahrheit aber ein bißchen näher. Ehe die „Neuesten Nachrichten“ uns wieder in den Weg kommen, haben sie hoffentlich das Einmaleins gelernt.

Ueber die Ausweisungen der holländischen Staatsangehörigen aus Gronau wird offiziell berichtet, daß sich diese auf holländische Militärpflichtige beschränkt hätten. Solche müßten nach den mit Holland bestehenden Verträgen ausgewiesen werden.

Attentate? In Oberschlesien, in Gr.-Chelm im Kreise Pleß, hart an der russischen Grenze, und in Sosnowice im benachbarten russischen Industriegebiet sollen Attentatsvorgehen sein. Jenes soll gegen einen jüdischen Kaufmann Breslauer, dieses gegen einen Hüttendirektor Adpel (von der Huldskindly'schen Hüttenfabrik gerichtet gewesen sein. In beiden Nachrichten scheint nicht viel Wahres zu sein. In Gr.-Chelm ist das Attentat bald mit einer Dynamitpatrone, bald mit einer Hölle-maschine angeführt worden. Trotz der furchtbaren Wirkung der Höllemaschine, die im Schlafzimmer des Breslauer explodirte, wurde von den vier im Zimmer schlafenden Personen keine verletzt. In Sosnowice soll es sich nach einer neuen Nachricht überhaupt nicht um einen Hüttendirektor handeln, sondern um einen Polizeispion, der von Spionaglern, die er öfters denunziert hatte, etwas gar zu gründlich verhaun worden ist.

Aus Bayern wird der „Frankf. Bg.“ gemeldet, daß die bayerische Staatsbahn-Verwaltung den Klagen über die unangenehmsten hohen Bestrafungen der Beamten ein Ende machen will. Dem Ministerium soll der Entwurf eines neuen Strafreglements zur Genehmigung vorliegen. Nach diesem werden die Arreststrafen ganz beseitigt. Auch sollen die Bestimmungen über die Suspension von Beamten, welche bisher zu verschiedenen Auffassungen und Anwendung Anlaß gaben, genauer präzisirt werden. Weibliche Angestellte, wie beispielsweise die Frauen der Bahnwärter, welche im Arbeitsdienste verwendet werden, sollen nicht mehr mit Geld bestraft werden. Eine Mißge, Verwarnung oder Bekehrung wird für angebrachter gehalten. — Verhängung hoher Geldstrafen gegen Aspiranten, Diätäre und Tagelöhner soll vermieden, Werkstattarbeiter sollen höchstens mit einer Mark Geldstrafe belegt und gegen das Tagelohn-verdonal darf keine Strafverfügung erlaßt werden. Ueberhaupt soll das untergeordnete Personal den Eindruck gewinnen, daß der Vorgesetzte nur ungern und nur dann straft, wenn auf anderem Wege eine Besserung nicht erzielt werden kann. Privatstrafen bei eingeleiteter Verurteilung sollen überhaupt nicht zur Anwendung gelangen.

Von einer gleichzeitigen Herabsetzung der überlangen täglichen Dienstzeit verlanet nicht. Und doch trägt gerade diese allzu lange Arbeitszeit die Schuld an den meisten der Fehler und Versehen, die dann wieder zu den mehr oder weniger ungerechten Bestrafungen führen. Immerhin ist die Absicht anerkennenswerth, wenigstens mildere und verständlichere Grundzüge bei den Bestrafungen einzuführen. Aus der größten deutschen Eisenbahnverwaltung, nämlich der preussischen, verlanet derartige nicht.

Die Aufpöpelung des „Mittelstandes“ wird auch von der bayerischen Regierung mit mütterlicher Sorgfalt betrieben. Die bayerische Staatsregierung hat Anstalten getroffen, um Genossenschaftlichen innerhalb der Innungen und Handwerker-Vereinigungen zum Zwecke der Beschaffung von Maschinen, Werkzeugen, gemeinsamen Arbeitsstätten, Ausnützung von Wasserkräften zu elektrischer Kraftzeugung und Beschaffung von Betriebsmitteln ins Leben zu rufen. Die Regierung giebt zu Werkzeugen u. s. w. Genossenschaftigen gering oder gar nicht verzinsbare Darlehen und stellt mächtige Zuschüsse zu Genossenschaften für Beschaffung von Betriebsmitteln in Aussicht.

Ob die Stenerzahler die Staatsmittel zu dem Zweck zusammenbringen, damit sie zu zinslosen Darlehen an zweifelhafte Genossenschaften verwendet werden, erscheint uns sehr fraglich.

Die Verfassungskommission der Ersten Kammer in Württemberg hat jetzt auch die zwei Nebengesetze, welche mit der Revision des Art. IX der Verfassung in Verbindung stehen durchberathen. Sie stimmt der Einführung der Wahl-kouverts und des Isolirraumes im Wahllokal zu. Einverhanden ist sie ferner mit der Wahl der 21 Ersatzabgeordneten für die aus der Zweiten Kammer auscheidenden Privatgüter mittels des Proporzional-Wahlverfahrens. Abweichend von der Zweiten Kammer beantragt die Kommission die Bezirks-wahlen und die Kreis-Proporzionalwahlen am gleichen Tage vorzunehmen. Ferner schlägt die Kommission wieder die Zulassung von Vorzugszeichen auf den Proporz-Wahlzetteln vor, um die Verweigerung der auf die einzelnen Parteien fallenden Mandate in die Hände der Wähler zu legen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Eine Majestäts-beleidigung, die augenscheinlich nur den Zweck hatte, einem verurtheilten Menschen die Spalten des Gefängnisses zu öffnen und auf diese Weise längere Unterkunft zu gewähren, beschäftigte die erste

Strassammer des Landgerichts I. Der Arbeiter Karl Franke, der schon sechs Jahre in Arbeitshaus verbracht hat, hat einen Brief an den Kaiser gerichtet und darin Beleidigungen ausgesprochen. Er wurde zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt. Eine herrliche Ordnung der Gesellschaft, in der solche Vorkommnisse möglich sind!

Koloniales. Zu den Ueberraschungen, welche der neue Kolonialetat bringen wird, gehört auch, wie mehreren Mäthern angekündigt wird, eine Verstärkung der Schutztruppe in Kamerun.

Oesterreich. Wien, 21. November. Der „K. Fr. Bg.“ zufolge erließ der Kriegsminister an sämtliche Korpskommandanten einen Erlass, in welchem angeordnet wird, sämmtlichen aktiven Offizieren bekannt zu geben, daß das Kriegsministerium gegen den Hauptmann Wiesner vom 75. Infanterie-Regiment die Einleitung der Untersuchung veranlaßt habe, weil er als Leiter bei den Kontrollerversammlungen die geschlichen Rezerpsiten von dem vorgeschriebenen Meldungswort „hier“ dispensirte, durch welches Verhalten er sich eines inkorrekten Verhaltens im Dienst schuldig gemacht und einen großen Mangel an Energie bewiesen habe.

Ungarn. Budapest, 21. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es infolge neuerlicher Angriffe der Opposition in der Genz-Kommission gegen die Regierung, insbesondere gegen den Landesverteidigungs-Minister Fejervary, zu derart stürmischen Szenen, daß die Sitzung zweimal unterbrochen werden mußte. Der Abgeordnete Biro sandte seine Kollegen, den Grafen Johann Play und den Abgeordneten Matoczi, zu Fejervary, weil letzterer sich geäußert hatte, daß Biro einer Partei angehört, welche anderen die Ehre abschneide.

Eine spätere Depesche meldet: Der Sturm im Abgeordneten-hause dauert fort. Bisher wurde die Sitzung fünfmal unterbrochen. Um die Opposition zur Ruhe zu zwingen, beabsichtigt man, die Sitzung die ganze Nacht dauern zu lassen. Die Polizei hat die umfassensten Vorsichtsmaßregeln getroffen, da Straßendemonstrationen befürchtet werden.

Frankreich. Zur Dreifus-Anglegenheit. „L'Intransigeant“ meldet, die Regierung wisse aus bester Quelle, daß die Kriminalkammer des Kassationshofes den Ministerpräsidenten Dupuy und den früheren Präsidenten der Republik, Camille Perier, auf nächsten Mittwoch zum Verhör vorgeladen habe.

„L'Intransigeant“ will auch wissen, ob sei Befehl erteilt worden, im Cherche-Midi-Gefängniß Vorbereitungen für die Ankunft Dreifus' zu treffen.

Die Dreifus freundliche Presse schreibt, beim Lesen der Broschüre Esterhazy's gewinnt es immer mehr und mehr den Anschein, daß diese Broschüre von Rochefort wenn nicht verfaßt, so doch wenigstens korrigirt worden ist, da in der Broschüre zahlreiche Ausdrücke enthalten sind, die den Stempel Rochefort's tragen.

Cloudeau deutet in der „Aurore“ an, Frehmet werde verfügen, daß die Untersuchungskatten betreffend den Oberst Picquart dem Kassationshofe zur Klarlegung der Affäre unterbreitet werden sollen. Eine solche Verfügung läme der Einstellung des Strafverfahrens gleich.

Paris, 21. November. Die Meldung über die morgen vorzunehmende In-freibeisetzung Picquart's beschäftigt sich Ribot erklärte mehreren Journalisten, der Kriegsminister habe bereits den Befehl erteilt, wodurch morgen Picquart in Freiheit zu setzen ist. Die Meldung, welche abends durch Extra-Ausgaben der Blätter bekannt wurde, rieselofisales Aufsehen in den Straßen hervor. Auf allen Boulevards wurde die Nachricht lebhaft diskutiert. In national-istischer und antisemitischer Kreisen werden für heute Abend Kundgebungen angezeigt. Morgen wird die Regierung über die In-freibeisetzung Picquart's in der Kammer interpellirt werden. Die Regierung wird jedoch an dem Beschluß des Kriegsministers festhalten, da der ganze Ministerrath, wie es heißt, sich mit dem Beschluß einverstanden erklärt.

Paris, 21. November. Der Kassationshof verhöre heute Nachmittag die Generale Gonze und Rogel. Man behauptet, daß Bath de Lam morgen verhört werden wird, und zwar soll er sich hauptsächlich über die verheiratete Dame und über das zetzende Dokument Esterhazy's zu erklären haben.

Paris, 21. November. Im Budget-Ausschuh hielt heute der Präsident des Ausschusses eine wichtige Ansprache, in welcher er erklärte, daß das Cabinet Dupuy ebenso wie das frühere Cabinet Brisson verlange, daß die Justiz unabhängig bleibe und keiner Politik unterworfen sei. Der frühere Minister Barthou erklärte ebenfalls, daß Dupuy den Präfeldenshub seines Vorgängers Brisson nicht gut heiße, da die Hauptpartei augenblicklich die progressivste und nicht die radikalste sei.

Paris, 21. November. In der heutigen Sitzung der spanisch-amerikanischen Friedenskonferenz boten die amerikanischen Delegirten dem Spaniern 20 Millionen Dollars für die Abtretung der Philippinen. Die spanischen Delegirten haben sich ihre Antwort vorbehalten und Instruktionen von ihrer Regierung erbeten. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Mittwoch statt.

Paris, 21. Novbr. Der „Figaro“ verzeichnet ein Gerücht, dem zufolge die französische und italienische Regierung sich in bezug auf den Abschluß eines Handelsvertrages verständigt hätten, welcher in dieser Woche unterzeichnet werden solle.

Uebervachung der Karlisten. Infolge Ersuchens der spanischen Regierung sind die Postkisten nahe der spanischen Grenze angezwungen worden, auf die in ihren Departements weilenden Karlisten ein scharfes Auge zu haben, da dieselben einen Einfall in Spanien vorbereiten sollen.

Italien. Rom, 21. November. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Paris: Infolge der zwischen den Kabinetten von Paris und Rom ausgetauschten Erklärungen in der Angelegenheit des Zwischenfalls von Mabeita — Erklärungen, welche für völlig befriedigend angesehen werden — sind beide Kabinete übereingekommen, den Zwischenfall von jetzt ab als erledigt erklert anzusehen. Wie außerdem verlautet, werden beide Kabinete diese Gelegenheit dazu benutzen, die beiderseitige Grenze genau festzulegen, um eine Wiederholung jedweden Mißverständnisses zu vermeiden.

Rußland. Eine Denkmals-Einweihung in Litthauen. Aus Petersburg meldet heute der Telegraph: Anlässlich der Enthüllung des Murawjew-Denkmales in Wilna feiern zahlreiche Blätter das Gedächtniß Murawjew's als des Vertheidigers der russischen Sache in dem nordwestlichen Gebiete und als den Organisator und Organisator derselben. Zahlreiche Kränze wurden vor dem Denkmale niedergelegt, und in Petersburg, Moskau und anderen Orten wurden gestern Seelen-messen für Murawjew gelebrt. Zu dieser Denkmals-Einweihung ersuchen uns im Auslande lebende litthauische Parteigenossen um Aufnahme folgender Zeilen, welchem Ersuchen wir gern Folge leisten:

Die Bevölkerung Litthauens schmachtet noch immer unter der unerträglichen Bürde von Ausnahmegesetzen, Ausnahmegesetzen sogar in dem rechtssten Rußland, gehandhabt von der raubgierigsten und rachsüchtigsten Horde zarischer Beamten. Das ganze geistige und kulturelle Leben der Litthauer wird gewaltsam und brutal dardiedergehalten.

Derlebe Jar, der unlängst die ganze Welt durch sein „Humanes“ Friedensmanifest in Erntanen setze, ist am meisten für all das Gend, unter dem jetzt das litthauische, polnische und andere Völker stöhnen, verantwortlich. Dieser selbe „Friedensfürst“ legt jetzt den jahrzehntelangen Reingungen und Verbömmungen des litthauischen Volkes die Krone auf. In Wilna wird das Denkmals Murawjew's eingeweiht, des gewaltthätigen Unterdrückers der litthauischen Volksbewegung von 1863.

Einige Tage vor dieser zünftigen Feier der zarischen Regierung wurde von der litthauischen sozialdemokratischen Partei (über die Tätigkeit derselben brachte der „Vorwärts“ in Nr. 208 vom 6./9. d. J. eine Korrespondenz) unter der litthauischen Bevölkerung, die zum größten Theil aus Land- und Industrie-Proletariat besteht, folgender Aufruf verbreitet:

Litthauische Genossen und Genossinnen!
Nur noch wenige Tage und das Denkmal des Unterdrückers der revolutionären Bewegung ist entfällt.
Der unheimliche Widerstreit verheerender Feuersbrünste, zahllose Galgen und unzählige in Kerkeren schmachtende Opfer sind beendete Zeugen seiner Anstalt. 123 Erhängte, 9861 zu Zwangsarbeit in sibirische Bergwerke Verurtheilte und 4000 nach den entlegenen Provinzen Russlands Verbannete — dies sind die Menschenopfer, nach den eigenhändigen Aufzeichnungen des Verstorbenen. Die Konfiskation von Kirchen, Klöstern, Gütern und Immobilien; die Belagerung der Landeigentümer mit Kontribution als Entschädigung für die Verluste der Regierung infolge des Aufstandes; das Verbot, lateinische Lettern in der litthauischen Presse zu gebrauchen; was gleichbedeutend mit dem Verbote jedweder litthauischen Presse ist; das Verbot der litthauischen und polnischen Sprachen; die Verbannung derselben aus den Schulen; das Erschweren der Ausübung der beim litthauischen Volke gebräuchlichen religiösen (katholischen) Rituale; das Untersagen den Litthauern und Polen, in Litthauen ein Amt oder irgend eine Stellung zu bekleiden; die Ausschließung der ganzen Bevölkerung Litthauens der zugehörigen Willkürherrschaft einer Bande zarischer Beamten u. c.

Andererseits die polizeiliche Spionage, die Bauern von der Leibeigenschaft zu befreien; dies ist das Resultat der Tätigkeit Murawjow's. Die Aufhebung der Leibeigenschaft war schon durch die provisorische revolutionäre Regierung proklamiert worden, und seitens Murawjow und seiner Regierung war es nur ein Mittel, sich beim litthauischen Volke einzuschmeißen, ihm als ein Freund und Wohltäter zu erscheinen. Leider ließ sich ein Theil der Bauern durch diese „Wohltat“ locken, obgleich schon infolge der Russifikations- und Gewaltpolitik jene leichtgläubigen Litthauer von ihrem kindischen Optimismus gründlich kurirt worden sind.

Litthauische Genossen und Genossinnen!
In demselben Moment, wo die zarische Regierung sich selbst vergöttert und anbetend in der Person Murawjow's den Triumph der Unterdrückung des Freiheitsdranges der Litthauer feiert und dadurch wiederum aufs neue beweist, daß sie uns gegenüber bei ihrer bisherigen Gewaltpolitik verharrt, in demselben Moment drücken wir, litthauische Arbeiter, Nachfolger der Revolution, unseren Weingern und Unterdrückten die tiefste Verachtung für diese ihre zünftige Verhöhnung selbst der aller elementarsten menschlichen Gefühle und Volkshörigkeit aus. Unsere Gewaltthaten mögen dem erfahren, daß der Freiheitsdrang unter uns Litthauern nicht nur ungebogen fortbleibt, nein, in der letzten Zeit hat sich auch das Klassen- und Nationalbewußtsein mächtig entwickelt und gekräftigt. Mit dieser neuen Kraft — mit uns selbstbewußtem litthauischen Volke, das sich ausgesagt hat, seine beschimpften bürgerlichen und nationalen Rechte zu verteidigen — werden die zarischen Beamten schon nicht so leicht fertig werden!

Und daher, Genossen und Genossinnen, wollen wir im Glauben an uns selbst und unsere Zukunft für unsere Ziele kämpfen. Wir wollen kämpfen um die Verbesserung unserer Lage; für völlige Selbstverwaltung für Litthauen; für Föderation mit denjenigen Nachbarvölkern, welche uns für unsere Autonomie und Freiheit Garantie leisten.

Dänemark.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf betr. Landarbeiter-Einfriedung stand im dänischen Folkething zur ersten Verathung. Harald Jensen bestricherte den Antrag in ausführlicher und gediegener Darlegung. Daraus erhob sich Landwirthschaftsminister Sage und erklärte, der Antrag sei ein Hinderniß für die Durchführung seines eigenen (bellamisch absolut unbrauchbaren) Antrages und er könne sich daher nicht auf eine Verhandlung desselben einlassen. Unser Parteigenosse Vorgbjærg antwortete, der Minister hätte die ganze Sache durch sein Hin- und Herwandern zwischen dem Standpunkt des Folkething und dem des Landesthing völlig verplumpt. Sein diesmaliger Antrag sei dazwischen, daß die Errichtung eines Resultates völlig ausgeschlossen sei. Es bleibe daher nichts anderes übrig, als einen eigenen ganz neuen Entwurf einzubringen. Hierauf antwortete der Minister nichts. Ein Vertreter der Linken Petersen sprach sich für das Prinzip des Antrages aus, meinte aber, man solle doch erst sehen, wie weit man mit dem Antrag des Ministers käme. Der Entwurf wurde einem Ausschuss überwiesen.

Türkei.

Konstantinopel, 20. November. Die aus Areta gemeldet wird, wurden für drei Distrikte in der Provinz Kandia englische Offiziere zu Präsekten ernannt.

Neu sind 1200 französische Soldaten zur Rückkehr nach Frankreich eingeschifft worden.

Kanea, 21. November. (Meldung der „Agence Havas“.) Prinz Georg von Griechenland wird seine Nachbegerichte von den vier Mächten erhalten, zwischen denen hierüber eine Einigung erzielt ist. Rußland, Frankreich, England und Italien werden der neuen kretensischen Regierung je eine Million vorschicken; diese vier Millionen sollen von der ersten Einleihe zurückgezahlt werden.

Kanea (Areta), 21. November. Die Ankunft des Prinzen Georg hierher erfolgt in dieser Woche. Ab 25. November wird als Amtssprache auf der ganzen Insel das Griechische eingeführt.

Sien.

„Offene Thür“. Aus Shanghai wird vom 20. d. M. gemeldet. In einer Rede, die Lord Charles Darnley hier auf einem Bankett hielt, trat er lebhaft ein für eine kommerzielle Allianz zwischen England, den Vereinigten Staaten, Deutschland und Japan auf der Basis der Integrität Chinas und der Politik der offenen Thür.

Die Kommission für Arbeiterstatistik

beendigt heute die Vorhören der Auskunftspersonen aus dem Gastwirthsgewerbe. Heute wurden vorwiegend Wirthe verhört, welche Kellnerinnen beschäftigen, und waren ebenfalls Kellnerinnen und andere weibliche Angestellte erschienen, um mitzutheilen, wie sie beschäftigt und bezahlt werden. In den Gegenden, wo vorwiegend weibliches Personal in Wirthschaften beschäftigt wird, hat dieses unter denselben mangelhaften Verhältnissen wie die Kellner in anderen Gegenden zu leiden. Durch die Reparaturarbeiten, welche in der Regel des Morgens ausgeführt werden, sind sie gezwungen, in der Frühe an der Arbeitsthele zu erscheinen und des Nachts, wenn die letzten Gäste noch Hause gehen, können sie ihr Aufbegehren aussuchen.

Daß der Ruhetag auch im Gastwirthsgewerbe möglich ist, wurde von einzelnen männlichen sowie weiblichen Angestellten dadurch bewiesen, indem sie mittheilten konnten, daß sie einen solchen besäßen.

Sowohl aus Stuttgart wie aus Straßburg wurde mitgetheilt, daß es dort Wirthschaften giebt, wo eine überzählige Hilfskraft eingestellt ist, welche antreten muß, wenn das Geschäft besonders flott geht, und in der Regel eine Person zu vertreten hat, die einen ganzen freien Tag hat.

Bei veranlässigter Einstellung würde sich in den meisten Geschäften eine solche Einrichtung durchzuführen lassen, da Auskunftspersonen bei normalen Geschäftsgang fast überall zu finden sind.

Der Gesetzgeber befindet sich dem Gastwirthsgewerbe gegenüber in der glücklichen Lage, weil es sich hier nicht um ein niedrigeres Gewerbe handelt, wie es z. B. bei der Mollerei der Fall ist. In der Mollerei befindet sich der Kleinbetrieb in schneller Abnahme und die bedürftigen Kleinmeister suchen nicht selten den Arbeiterschutz für ihren Verfall verantwortung zu machen. In allen solchen Fällen ist die Regierung goghaft, weil sie geneigt ist, den Arbeiterschutz als unerträgliche Last für die Unternehmer anzusehen. Im Gastwirths-

gewerbe sind die Hauptbetriebe, welche Gehilfen beschäftigen, von 81 613 im Jahre 1882 auf 176 207 im Jahre 1895, d. h. um 115,88 pCt. in 13 Jahren gestiegen. Noch stärker als die Zahl der Betriebe stieg die Zahl der beschäftigten Personen. Diese hatten in dem genannten Zeitraum eine Steigerung von 206 015 auf 521 728 = 152,26 pCt. anzuweisen.

Wenn die statistischen Berichte über die Vernehmungen zusammengestellt sind, wird ein Bericht gemacht und wird dann die Kommission ihre Vorschläge zur Abhilfe der Mißstände machen.

Nachdem dann die Kommission den Bericht betreffend die Erhebungen über die Arbeitszeit in den Getreidemöhlen endgültig fertiggestellt und einen Ausschussbericht über die Sonntagsarbeit im Mühlen- und Flößereibetrieb entgegengenommen, wurde die Sitzung geschlossen.

Jetzt müssen die Reichstags-Abgeordneten, welche Mitglieder der Kommission sind, neu gewählt werden. Zwei Mitglieder, der freikonservative Werbach und der nationalliberale Siegle, werden ausscheiden, da sie nicht wieder zu Reichstags-Abgeordneten gewählt sind. Ob weitere Veränderungen eintreten, wird wesentlich von den Beschlüssen der einzelnen Fraktionen abhängen.

Kampf um das Koalitionsrecht!

Wozu ein Nachhausegehen?

Die sächsischen Gerichte brauchen kein Nachhausegehen, denn sie werden mit „Streitverbrechen“ schon jetzt auf eine Weise fertig, die dem Unternehmertum das Herz im Leibe lachen läßt. Da sollte — so wird uns aus Dresden geschrieben — ein Maurer auf einem Neubau eine Arbeit nicht vorchriftsmäßig ausgeführt haben und dieselbe deshalb noch einmal machen. Er that das nicht und es wurden ihm nebst einer Anzahl anderer Kollegen am nächsten Lohn- tage statt 45 nur 43 Pf. Stundenlohn ausgezahlt. Obendrein wurde der betreffende aus der Arbeit entlassen. Nun traten sämtliche Maurer des Baues in den Streit ein. Der Entlassene soll dabei dem Unternehmer gegenüber geäußert haben: „Wenn Sie nicht 45 Pf. Lohn pro Stunde zahlen, sorgen wir dafür, daß vier Wochen kein Maurer auf den Bau kommt.“ Dies war das ganze Verbrechen des Mannes, eine „Erpressung“, wie sich der Staatsanwalt ausdrückte. Und wegen dieser Erpressung erfolgte eine Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis, und — man sollte es nicht für möglich halten! — zu drei Jahren Ehrenrechtsverlust.

Wemert sei noch, daß der Angeklagte ganz entschieden bestritt, die Erpressung in der von der Anklage behaupteten Form gethan zu haben; er habe sich noch viel harmloser ausgesprochen. Vier Entlassungszeugen bestätigten das auch in der bestimmtesten Weise. Man verzeigte sie aber nicht und ihr Zeugniß war deshalb völlig wertlos, während man drei Belastungszeugen, und zwar den betreffenden Unternehmer, dessen Bruder und den Zimmerpolier des Baues, alle drei also Partei gegen den Angeklagten, vollen Glauben schenkte. Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß man hier, wo man doch in Bezug auf Gerichtsurtheile gegen Arbeiter so vieles gewöhnt ist, wegen Streitverbrechen auf Ehrverlust erkannt hat. Der Bogen wird immer straffer gespannt, während das Unternehmertum unter den Augen von Vorgesetzten und Gerichten die Arbeiter ohne gesetzliche Schranken terrorisiren, schuldig erklären und mahregeln kann. Die Arbeiter sind in Sachsen vogelfrei.

Partei-Nachrichten.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Breslau ist unsere Partei unterlegen. In den 6 Bezirken, wo wir uns betheiligten, wurden von der 3. Klasse Stimmen abgegeben: 24. Bezirk: 628 konf., 514 lib., 153 soz.; 25. Bezirk: 489 lib., 495 lib.-konf., 137 und 133 soz.; 26. Bezirk: 419 konf., 270 lib., 210 soz.; 32. Bezirk: 508 liberal-konf., 312 konf., 274 soz.; 33. Bezirk: 581 konf., 291 soz., 172 parteilose Stimmen; 34. Bezirk: 419 konf., 323 lib., 208 soz.

Die „Volkswacht“ bemerkt zu dem Wahlergebnis: „Wie weit eine Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen erfolgt ist, kann giffermäßig nicht festgestellt werden, da die Bezirksgesammmenung nicht nur durchgängig erheblich geändert wurde, sondern auch einige Bezirke neu hinzukamen, während andere Bezirke, wo wir zum Theil eine erhebliche Stimmenzahl zu erwarten haben, diesmal nicht mitwählten. Wir zählen in den sechs Bezirken, in welchen wir uns betheiligten, diesmal 1306 Stimmen, während wir vor zwei Jahren in 10 Bezirken 1900 Stimmen hatten. Der 22. Bezirk (wo die Wahl im Dezember vorgenommen wird), der uns mindestens 500 Stimmen gebracht hätte, würde unsere Stimmenzahl in den sieben Bezirken auf ungefähr die gleiche Höhe gebracht haben, wie sie vor zwei Jahren in zehn Bezirken erzielt wurden, ein Beweis, daß diesmal ein nicht unerheblicher Fortschritt in der Gewinnung sozialdemokratischer Stimmen zu verzeichnen ist. Immerhin hätte das Resultat ein besseres sein können, wenn die größere Zahl der Parteigenossen besser auf dem Posten gewesen wäre und eifriger mitgearbeitet hätte. In den Kreisen der Arbeiter findet man noch eine bedauerlich große Versäumnislosigkeit für die kommunalen Dinge. Die doch auch das Lebensinteresse der Arbeiterklasse in sehr bedeutendem Maße berühren. Hier muß in der Folge eine eifrige und unangesehene Aufklärungsarbeit durchgeführt werden. Wenn wir, die wir in den zur Entscheidung gekommenen Wahlen einen Sieg nirgendwo erwarteten, mit der erzielten Stimmenzahl einen guten Fortschritt zu verzeichnen haben, so haben die Liberalen dagegen schwere Verluste, die konservativ-liberalen, die mit der Parole „Macht für die Landtagswahlen“ in den Kampf zogen, erheblichen Erfolg zu verzeichnen. Nicht weniger als drei liberale Stadtväter sind ihren konservativen Gegnern erlegen und weitere drei Liberale haben noch in zum Theil wenig aussichtsreichen Stichwahlen um die bisher innegehabten Sitze mit Konservativen zu ringen.“

In Einshorn war im vorigen Jahre, nachdem unsere Parteigenossen bei der Stadtverordnetenwahl drei neue Sitze erobert hatten, der Wahlergebnis von 680 M. auf 1060 M. erhöht worden. Diefem Umstande ist es zuzuschreiben, daß bei der Stadtverordnetenwahl am 18. November d. J. die bürgerlichen Parteien den Sieg davontrugen. Ihre beiden Kandidaten erhielten 850 und 887 Stimmen. Die sozialdemokratischen Kandidaten blieben mit 247 und 265 Stimmen in der Minderheit. Unter dem früheren Resultat würden sie — wie uns geschrieben wird — mindestens 800 Stimmen erhalten haben. Der „Freisinn“, der im vorigen Jahre gegen die Erhöhung des Wahlgensius agitirt hatte, warf das Gewicht seiner Stimmen für Personen in die Waagschale, die seinerzeit für die Erhöhung des Resultats gestimmt haben.

In Uckerleben betheiligte sich unsere Partei zum ersten Mal offiziell an den Stadtverordneten-Wahlen der 3. Abtheilung. An den Sieg war noch nicht zu denken, eine gute Wirkung hatte das Eingreifen der Sozialdemokratie aber schon darin, daß, wie man zu sagen pflegt, Leben in die Wunde kam. Die Wahlbetheiligte war bedeutend stärker als früher. Unsere Kandidaten erhielten 69 und 70 Stimmen, die Gegner brachten unter Aufgebote aller Kräfte diesmal noch 217—448 Stimmen zusammen.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Darmstadt erhielten die Kandidaten unserer Partei 1288 Stimmen (gegen 825 im Jahre 1895), die Nationalliberalen 1347 (gegen 1390 im Jahre 1895), die Bezirksvereine 408 (560), die Antikemmen 233 (340) und die Freistimmigen 82 Stimmen. Die Wahlbetheiligte betrug 48 pCt. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ist gegen 1895 um die Hälfte gestiegen, während die bürgerlichen Parteien zurückgingen. Die Frage, ob Kandidaten unserer Partei gewählt sind, läßt sich erst beantworten, wenn das amtliche Resultat vorliegt.

Eine außerordentliche Kreisversammlung des Wahlkreises Dortmund, die am vergangenen Sonntag in Dortmund abgehalten wurde, beschäftigte sich lange und eingehend mit der Ent-

lassung Dr. Lütgenau's. Parteikassirer Werfisch als Verleger der „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg.“ gab folgende Erklärung ab:

Die Frage der Entlassung beziehentlich Wiedereinstellung Dr. Lütgenau's ist nicht eine spezielle Angelegenheit des Dortmunder Wahlkreises, sondern eine solche der Parteigenossen des ganzen Verbreitungsgebietes der „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg.“ und ihrer Kopfbücher. Man lagen die Dinge geraume Zeit so: Im Dortmund und der Wahlkreise war eine Gruppe von Parteigenossen vorhanden, die es unter allen Umständen mit dem Dr. Lütgenau hielt. Im Bochumer Wahlkreise, der eine Zahl von Abordneten stellt, durch welche die „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg.“ erst lebensfähig und rentabel wird, war es gerade umgekehrt. Im Bochumer Wahlkreise war eine Gruppe von Parteigenossen der Meinung, Dr. Lütgenau müsse nicht nur aus seiner Stellung entfernt, sondern auch aus der Partei ausgeschlossen werden.

Zwischen beiden Richtungen hat der Parteivorstand vermittelt, und hätte der letzte Parteitag für das westliche Westfalen sich für Uebernahme der „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg.“ in den Besitz und Betrieb der Parteigenossen des Verbreitungsgebietes entschieden, dann würde es, als die Frage Lütgenau neuerdings wieder aktuell wurde, Sache der neuen Geschäftsinhaber gewesen sein, über die Entlassung oder Weiterbeschäftigung Lütgenau's zu befinden. Nachdem aber durch den Beschluß des Parteitages der Parteivorstand weiter mit der Verantwortlichkeit für das Dortmunder Geschäft belastet wurde, mußte er auch in der Frage Dr. Lütgenau's die Entscheidung treffen. Diefelbe ging dahin, daß es der Parteivorstand einstimmig und entschieden ablehnt, weiter die Verantwortung für die Thätigkeit Lütgenau's in einer Parteistellung zu tragen. Die Gründe seiner Entscheidung öffentlich darzulegen, lehnt der Parteivorstand im Partei- wie in persönlicher Interesse Lütgenau's ab. Wir sind selbstverständlich gern bereit, wie ich dies erst auf dem letzten westfälischen Parteitag ausdrücklich erklärt habe und wie es auch bei der jüngsten Neucinstellung eines Geschäftsführers wieder gehandhabt wurde, alle irgendwie wichtigeren geschäftlichen Angelegenheiten gemeinsam und in Uebereinstimmung mit der jeweiligen Prekommission zu regeln, in der Frage Lütgenau muß der Vorstand aber auf seinem Beschlusse beharren.

Verdägen die Dortmunder Parteigenossen den Beschluß des Parteivorstandes nicht als richtig anzuerkennen, wollen sie Dr. Lütgenau auch fernerhin behalten, so ist das ihr gutes Recht, das wir ihnen nicht einen Augenblick streitig machen werden. Sie müssen dann aber auch die volle Verantwortung für ihre Beschlüsse übernehmen und schleunigst eine Aenderung in den Eigentumsverhältnissen des Dortmunder Geschäftes anbahnen.

Es kann dies in verschiedener Weise geschehen. Nöthig ist nur, daß es nicht über die Köpfe der Parteigenossen des Verbreitungsgebietes der „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg.“ und ihrer Kopfbücher, sondern im Einverständnis mit diesen geschieht. Wollten wir heute den Wünschen der Dortmunder Genossen entsprechen, so würden sich morgen die Parteigenossen des Bochumer Wahlkreises erheben, und wir wären wieder auf dem alten Pfad.

Die Parteigenossen des Dortmunder Wahlkreises würden demnach, wenn sie den Beschluß des Parteivorstandes in Sachen Lütgenau's nicht billigen, einen außerordentlichen Parteitag für das westliche Westfalen einberufen und auf diesem die Parteigenossen von der Richtigkeit ihrer Ansicht beziehentlich von der Nothwendigkeit der Uebernahme der „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg.“ in den Besitz des Verbreitungsgebietes überzeugen müssen. Die Kantelen, die in solchem Falle der Parteivorstand im Partei-Interesse fordern müßte, habe ich auf dem letzten westfälischen Parteitag dargelegt. Es sind auch dort keine Einwendungen dagegen, daß diese Forderungen nicht im Partei-Interesse vollauf begründet wären, erhoben worden.

Ein anderer Weg wäre der, daß die Dortmunder Parteigenossen auf dem einberufenen Parteitage einen Beschluß herbeizuführen suchen, durch welchen sie berechtigt und ermächtigt werden, das Geschäft für den Wahlkreis Dortmund allein zu übernehmen, während die Parteigenossen des übrigen Verbreitungsgebietes sich aller Theilnahme an der Verwaltung enthalten, und nur durch eine Prekommission oder eine ähnliche Einrichtung ihre Wünsche oder Beschwerden, die sie in Beziehung auf die Zeitung haben, den Dortmunder Genossen unterbreiten.

In diesem Falle müßten die Parteigenossen des Dortmunder Kreises die Kantelen allein erfüllen und die eventuellen Stimmen ausbringen, die zur Uebernahme beziehentlich Führung des Geschäftes notwendig sind.

Nach langer und theilweise stürmischer Debatte wurde die Entlassung Lütgenau's wegen „mangelnder Gründe“ für ungerechtigt erklärt, die Forderung der Wiedereinstellung Lütgenau's jedoch nicht gestellt.

Weiter fand ein Antrag Annahme, durch welchen die Genossen Bloch und Lehmann ersucht werden, ihre Stellungen an der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ am 1. Januar 1899 ebenfalls aufzugeben.

Ein Antrag des Genossen Pahlold, die Parteistellung zu erlassen, die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Ztg.“ den Genossen des Verbreitungsgebietes zu übergeben, wurde in namentlicher Abstimmung mit 18 gegen 16 Stimmen angenommen.

Mit Rücksicht auf diese geringe Majorität und da besonders die Delegirten der ländlichen Bezirke energisch gegen eine Aenderung im Besitzverhältnisse protestirten, einigte sich die Konferenz nach erneuten heftigen Debatten auf einen Vermittelungsvertrag, durch welchen der Parteivorstand ersucht wird, für eine Verlegung der Genossen Bloch und Lehmann bis zum 1. Januar 1899 Sorge zu tragen, wo gegen auf eine Aenderung im Verlage verzichtet werden soll.

„Zur Landtagswahl Betheiligungsfrage.“ Unter diesem Stichwort hatte Genosse Liebknecht im „Vorwärts“ vom 8. November eine Erklärung veröffentlicht, worin er u. a. sagte:

„Wer es für einen Parteitriumph hält, daß unsere Breslauer Genossen die Fortschrittler um ein Mandat baten und einen — abschlägigen Bescheid empfingen, der muß mehr als bescheiden sein; und wer der Partei zumüthen will, in ihrer Gesamtheit sich an den nächsten Landtagswahlen zu betheiligen und mindestens so viel Schweiß und Geld zu spenden, wie bei einer Reichstagswahl, der muß ein sehr lücker Mann sein.“

Darauf antwortete die Redaktion der Breslauer „Volkswacht“ in einem längeren Artikel u. a.:

„Daß speziell in Breslau die Sozialdemokratie in die ausschlaggebende Stelle gelangte und von den Freisinnigen ein Mandat nicht erbitten, sondern fordern konnte, ist freilich noch kein Parteitriumph, aber doch auch noch keine Parteisünde, und wir in Breslau selbst sind wohl am besten im Stande, feststellen zu können, daß wir hier in der That einen Erfolg vor nicht zu unterschätzendem moralischem Werthe errungen haben. Für uns steht im übrigen nach den Erfahrungen dieses Wahlkampfes fest, daß es der sozialdemokratischen Partei bei Einsetzung aller Kraft in der That möglich sein wird, selbst aus eigener Kraft hier oder da ein Landtagsmandat zu gewinnen, und das zusammen mit all den anderen günstigen Erfahrungen dieses Wahlkampfes macht und allerdings zu den „lehrreichen Männern“ des Genossen Liebknecht, die der Partei zumüthen werden, in ihrer Gesamtheit sich an den nächsten Landtagswahlen zu betheiligen.“

Weiter meinte die „Volkswacht“, daß wenn diesmal die Partei geschlossen an den Landtagswahlen theilgenommen hätte, die Zahl der Mandate, die den Reaktionen von der Opposition abgenommen wurden, dann wohl zehnfach höher wäre, als sie jetzt ist.

Auf diese Erwiderung veröffentlichte Genosse Liebknecht in der Breslauer „Volkswacht“ einen Artikel, worin er zunächst bemerkte, daß er das Breslauer Wahlergebnis weder als eine Parteisünde bezeichnen habe, noch es als eine solche betrachte, und dann stellte er an die Redaktion der „Volkswacht“ folgende Fragen:

1. Wenn wir unsere Betheiligung im Partei-Interesse für notwendig halten, um die Junker zu besiegen, welchen Grund haben die Fortschrittler, uns ein Mandat abzutreten?
Und 2. Ist es des Schweiges und der Opfer einer allgemeinen Wahlbetheiligung werth, für die Fortschrittler — daß wir aus eigener

Kraft für uns kein Mandat erobern können, darüber herrscht Einigkeit — 60—100 Mandate zu erobern? Wären wir dann noch eine selbständige Partei oder ein Anhängel der Fortschrittspartei — nicht einmal eine Partei — Schutztruppe? Und wäre es dann nicht besser, wir stimmten auch bei den Reichstagswahlen gleich für die Fortschrittler? U. a. w. g.

Auf Liebknecht's Ausführungen erwiderte die Redaktion der *Völkswacht* u. a.:

Wir wollen, die Gesamtpartei solle sich in Preußen selbstständig an den Landtagswahlen beteiligen, solle durch die Wahl eigener Wahlmänner versuchen, aus eigener Kraft Mandate zu gewinnen — es ist eben nicht wahr, daß Einigkeit darüber herrsche, wir könnten aus eigener Kraft für uns kein Mandat erobern — und solle, wo das nicht möglich, den Freisinn gegen die Reaktion unterstützen, eventuell unter der Bedingung der Ueberlassung von Mandaten an uns. Das ist alles. Wenn wir in dieser Weise vorgehen, dann hätten nicht die Freisinnigen und, sondern wir die Freisinnigen in der Hand — das hat schon der Ausfall der jüngsten Landtagswahlen deutlich gemacht — und die Herren würden Grund genug haben, uns die Abtretung einzelner Mandate nicht zu verweigern. Jedenfalls wäre in einer solchen Situation nichts weniger am Plage, als die Behauptung, wir wären dann nur noch ein Anhängel der Fortschrittler. Umgekehrt dürfte viel besser ein Schuh daraus werden.

Wenn Liebknecht unsere Meinung, die Partei hätte schon diesmal bei umfassendster Beteiligung den Junkern 60—100 Mandate abjagen können, ein kühnes Rechenexempel nennt und darauf verweist, daß die Genossen in den aussichtsreichsten Kreisen sich schon jetzt beteiligen, so bitten wir ihn nur, sich einmal nach den vor den Thoren von Berlin liegenden Kreisen umzusehen, die alleammt wieder den Junkern gehören, und zwar — aus Gründen der Sozialdemokratie. In Brandenburg und Pommern hätten wir den Junkern 18—20 Mandate, in Schleien und den ostelbischen Provinzen mindestens 14 Mandate abnehmen können. Und dazu kommt die Provinz Sachsen, dazu kommen Hannover und Schleswig-Holstein, Hessen und Rheinland, wo überall Reaktionen, Junker-, Agrarische und andere, mit unserer Hilfe beseitigt werden konnten.

Auf diese zweite Erklärung der Redaktion der *Völkswacht* veröffentlichte nun Genosse Liebknecht in demselben Blatt folgende Antwort:

Recht bedauerlich ist, daß Sie meine zwei Fragen nicht beantwortet haben. Statt einer Antwort wiederholen Sie zwei willkürliche und zweifelhafte Behauptungen.

Erstens die Behauptung, wir könnten durch allgemeine Beteiligung mindestens 60—100 Mandate den Junkern abnehmen, eine Hoffungslosigkeit, die jedem, der das durch Miquel verbesserte Dreiklassen-Wahlgesetz kennt, und der weiß, daß die aussichtsreichsten Wahlkreise schon die Beteiligung versucht haben, nur ein verwundertes Lächeln abgewinnen kann.

Zweitens die Behauptung, wir könnten aus eigener Kraft Mandate erobern. Wenn das möglich wäre, dann hätten wir ja den ganzen Streit nicht. Wenigstens nicht mit mir. Denn ich war einer der ersten, vielleicht der erste in der Partei, der für die Beteiligung an Landtagswahlen und an den Wahlen zu anderen Vertretungskörpern mit beschränktem Wahlrecht eintrat, wo immer die Möglichkeit der Erringung eines Mandats, und sei es eines einzigen, aus eigener Kraft vorhanden sei. Aus eigener Kraft — das ist der Punkt. Wir kamen schon vor zwanzig Jahren zu der Ueberzeugung, daß dies bei den preussischen Landtagswahlen unmöglich sei. Und seitdem hat Herr Miquel das „elendeste aller Wahlsysteme“ noch beträchtlich „elender“ gemacht. Wer irgend noch zweifeln konnte und Augen hat zu sehen, der muß durch die Ergebnisse der letzten Wahl von seinem Irrthum geheilt worden sein.

Wenn aber, was von vornherein absolut gewiß war und jetzt durch die praktische Erfahrung bewiesen ist, kein Mandat von uns erobert werden kann, so gestaltet die Frage sich so: Soll die sozialdemokratische Partei aus Furcht vor den Junkern eine Wahlkampagne für eine uns prinzipiell feindliche Partei führen? Das und nichts Anderes ist die Frage, und diese Frage verneine ich aufs entschiedenste. Um Mandate aus der Hand der Fortschrittspartei als Gnadengeschenk hinzunehmen, dazu ist mir unsere Partei zu gut. Und ein Gnadengeschenk wäre es, denn nach der Logik unserer Beteiligungspolitiker sind wir moralisch genötigt, für die Fortschrittler zu stimmen, auch wenn sie uns — wie schon in Breslau — kein Mandat einräumen. Und so weitberzige Gemüthsmenschen, so schlechte Geschäftsleute sind die Herren Fortschrittler nicht, sich selber aus Sentimentalität oder Mitleid das Geschäft zu verderben.

Die Redaktion der *Völkswacht* erinnert mich an die auch von mir unterzeichnete Mai-Erklärung der Fraktion gegen die Junkerreaktion. Wozu auch erinnern? Keiner hat in dem Wahlseldzuge mehr in diesem Sinne gewirkt, als ich. Aus Angst vor den Junkern unter die Hochschöde der Fortschrittspartei zu flüchten, das heißt aber doch nicht das Junkertum bekämpfen. Die Redaktion erinnert mich ferner an einen Ausspruch in meiner Vorrede zum Leipziger Hochverratsprozeß. Auch diese Erinnerung war überflüssig. Ich bin noch immer derselbe Mann, der mit anderen Parteien zusammengeht, wenn das „Zusammengehen“ der Partei würdig und nützlich ist. Allein nimmermehr war ich und nimmermehr werde ich sein für ein „Zusammengehen“ mit anderen Parteien, das uns in die Dienste anderer bürgerlicher Parteien stellt. Da hört für mich, und ich bin sicher, auch für die Masse der Genossen, die bloß tatsächliche Frage auf und beginnt die Prinzipienfrage.

Rum — wir wollen uns jetzt nicht weiter ereifern. Im Verlauf von fünf Jahren können sich die, die noch nicht klar sind, die Sache genugsam überlegen. Nur suche man nicht, wie das in Berlin versucht worden ist, die Partei zu überumpeln. Der Stuttgarter Parteitag hat uns gelehrt, daß die überwältigende Mehrheit unserer Partei an dem proletarischen Klassenkampf-Standardpunkt festhält und, obgleich ich sonst nicht gern prophezeie, wage ich doch hier gegen Bebel eine Gegen-Prophezeie, in dem ich schreibe: Besteht das heutige Dreiklassen-Wahlrecht noch bei der nächsten preussischen Landtagswahl, so wählt nicht die gesammte Sozialdemokratie in Preußen — ich hoffe sogar: die gesammte Sozialdemokratie in Preußen wählt nicht.

Die Redaktion der *Völkswacht*, *Völkswacht* bemerkt dazu u. a., daß sie Liebknecht's Fragen klipp und klar beantwortet habe, und wenn er ihre Auslassungen nicht als Antwort gelten lassen wolle, so müsse sie schon darauf verzichten, seine Fragen zu beantworten.

In einer weiteren Erklärung in der *Völkswacht* erwidert darauf Genosse Liebknecht, daß die Redaktion anstatt seine Fragen zu beantworten, ihm nur willkürliche Behauptungen entgegensetze, so hätte eine Fortsetzung der Debatte keinen Sinn und er drehe dieselbe deshalb ab. Das letzte Wort habe weder er noch die Redaktion der *Völkswacht*, sondern die Partei zu sprechen.

Totenliste der Partei. Eine treue Anhängerin unserer Partei, Frau Selhaus in Rehme in Westfalen, die unter dem Sozialistengesetz, als viele Familien ihres Ernährers betrandt waren, für Unterhaltung der Darbenden sorgte, wobei man sie wegen Kollektivens in Strafe nahm, wurde am 16. November zur letzten Ruhe gebracht. Wohl an 1000 Personen gaben der braven Kämpferin das letzte Geleit.

Vollzeitliches, Gerichtlichliches etc. Wegen Herumtragens von Plakaten mit der Aufschrift „Wählt Pfannkuch“, die der Angabe des Druckers und Verlegers ermangelte, hatten einige Parteigenossen in Magdeburg Strafmandate empfangen, die auf je 20 M. lauteten. Sie riefen gerichtliche Entscheidung an, was den Erfolg hatte, daß die Strafe auf je 1 M. herabgesetzt wurde.

Unternehmer-Verbände.

Der außerordentliche Verbandstag der deutschen Bäckereinnungen tagte am Sonntag hier in Berlin. Der ganze Groll des verpönten Innungsautoritarismus gegen den Arbeiterstand, besonders

gegen den Maximalarbeitstag kam da zu Tage. Die „Gedanken“, die da verzapft wurden, waren so charakteristisch, daß wir noch ausführlicher darauf zurückkommen werden.

Betriebsbeschränkung der deutschen Kammergarnspinnerei. Hierüber wird gemeldet, daß eine Verringerung, welche durch die vielfach geübten freiwilligen Betriebsbeschränkungen erwartet wurde, nicht eingetreten sei, sondern daß vielmehr trotz alledem sich in bestimmten Sorten bei den verschiedenen Spinnereien größere Lagerbestände angesammelt hätten, welche die ohnehin schon schlechten Preise noch mehr drücken. Es sind die vorbereitenden Schritte gethan, um eine einheitliche erhebliche Betriebsbeschränkung herbeizuführen; eine Verammlung der Kammergarnspinnereien findet bereits in aller Kürze statt. Neueren Meldungen zufolge wurde eine solche Einschränkung der Erzeugung und zwar von 20 pCt. von einer in Frankfurt abgehaltenen Verammlung, in welcher zwei Millionen Spindeln vertreten waren, beschloffen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Stodarbeiter! Wegen Vorfälle befinden sich die Kollegen von der Firma Alphonse Ludwig u. Co. und Richard Ludwig, Alexandersstr. 108, in Anstand. Wir bitten alle Stodarbeiter und ebenfalls die Schleifer aller Branchen, der Stadtmittel Arbeitsangeboten fern zu bleiben. Bisher haben wir die erfreuliche Thatsache zu verzeichnen, daß die großen Bemühungen des Herrn Ludwig, der am Sonnabend seine Arbeiter eindringlich warnte, sich dem Streik anzuschließen und die Streikbrecher zu bestrafen, erfolglos waren. Denn der erste Rath wurde nicht befolgt und zum Belastigen der Streikbrecher lag kein Anlaß vor. — Die Agitationskommission.

Deutsches Reich.

An die Arbeiter Deutschlands!

Die Arbeiter Reichsweide sind durch eine ganz wichtige Veranstaltung von einem Theil des hiesigen Unternehmertums in einen Streit getrieben worden. Der Grund liegt nicht in Lohninflationen, Arbeitsdauer u. i. w., sondern in der Thatsache, daß den Arbeitern, welche in der über 10 000 Mitglieder starken Allgemeinen Ortskrankenkasse versichert sind, das winzige Recht der Selbstverwaltung geraubt werden soll. Infolge des von einigen Mitgliedern des hiesigen Fabrikantenvereins betriebenen Terrorismus wollen etwa 30 Unternehmer eigene Betriebskrankenkassen gründen, nicht nur, um dadurch die Arbeiter in vollständige Abhängigkeit zu zwingen, sondern auch um die von den Arbeitern verwaltete Ortskrankenkasse zu zerstören. Einen weiteren Zweck verfolgen die Unternehmer durch die Gründung von Betriebskrankenkassen, indem sie den früheren Vertretern der Allgemeinen Ortskrankenkasse, die belamisch den im September begonnenen, geradezu frivolsten Streik verloren haben, eine gesicherte Effizienz verschaffen wollen. Wir erleben hier das Schauspiel, daß dieselben Unternehmer, die den berechtigtesten Streik der Arbeiter mit allen Mitteln bekämpfen, sich hier der streikenden Leute in wohlwollendster Weise annehmen. Die Arbeiter aber, die von jenen Herren durch Zeitungsartikel in unerhörtester Weise beleidigt worden sind, sollen zwangsweise in die Behandlung ihrer Leute zurückgeführt werden. Gegen diese Entwürdigung jener selbst wehren sich die Arbeiter auf das Bestigste und haben sich auch in etwa 30 Betrieben mit überwältigender Mehrheit gegen die Betriebsklassen ausgesprochen. Dessen ungeachtet bleiben die Unternehmer — gezwungen durch den Fabrikantenverein — bei der Absicht bestehen, die Betriebsklassen einzuführen. Wie diese Herren öffentlich betonen, wollen sie Herr im eigenen Hause sein, d. h. nicht nur die Arbeitskraft des Volkes nach Belieben ausnützen, sondern auch willkürlich über den kranken Arbeiter verfügen.

Gegen diesen rohen Gewaltakt bämmt sich das ganze menschliche Empfinden der Arbeiterkraft auf! Die Arbeiter wollen freie Menschen und nicht willenlose Wesen in den Händen fanatisirter, unbedingter Fabrikanten sein. Alle Versuche, auf gütlichem Wege die Unternehmer von ihrem Vorgehen zurückzuhalten, sind gescheitert. 3000 Arbeiter sind durch die Gewissenlosigkeit jener Leute in den Streit getrieben, der mit aller Energie, im Bewußtsein, eine gute Sache zu verteidigen, durchgeführt werden soll.

Deshalb, Arbeiter aller Orte, wenden wir uns an Euch, das von der Reichsweider Arbeiterkraft zu jeder Zeit bewiesene Solidaritätsgefühl jetzt zu erwidern! Haltet nicht nur den Jutug von Arbeitern aller Branchen fern, sorgt auch für ausreichende finanzielle Unterstützung. Für die Unternehmer bildet dieser Kampf nur eine Nachfrage, sorgt dafür, daß die Arbeiter Sieger bleiben!

Reichsweide, 15. November 1898.

Die Streikkommission.

Gelder, Anfragen und sonstige Briefschaften sind zu richten an Gustav Schnependahl, Reichsweide, Elberfelderstraße 32.

Das Organ des deutschen Buchdrucker-Verbandes, der „Correspondent“, nimmt in einem Artikel über die Tarifbewegung Anlaß, eine Generalabrechnung mit der gesammten sozialdemokratischen Parteipresse über ihre Haltung zur Buchdruckerbewegung vorzunehmen. Ob die Redaktion dabei glaubt, daß sie eine gute Bilanz ziehen wird, wollen wir nicht untersuchen. Unsere Parteipresse hat — wie als Salbhergebnis der Abzanzelung gezogen werden kann — nicht genügend Unterstützung für die Bewegung der Buchdrucker gezeigt, und zwei sozialdemokratische Organe haben sich sogar erlaubt, gegen die Bestrebungen der Buchdrucker aufzufällig zu werden. So sind wir schon einen Schritt weiter gekommen mit unserer Polemik, die am 1. November im „Vorwärts“ gegen den „Correspondent“ erschien und für die am 19. November der „Correspondent“ das Wort findet, auch sind die beiden Uebelthäter genannt. Nun wir wollen uns mit der Verteidigung dieser nicht beschäftigen, das mag den Beteiligten selbst überlassen sein und schließlich entspricht ihr Standpunkt nicht dem unsrigen; nur einiges zur Köcherei der gegen uns gerichteten Liebeswürdigkeit, die wieder ganz von der alten Tonart beherrscht wird, die ebendem in Blatt die Musik machte. Der Artikelschreiber will unseren Einwand nicht gelten lassen, daß jemand aus prinzipiellen Bedenken Gegner des Tarifs sein kann, ihm sind alle Tarifgegner Arbeiterfeinde. Nun so liegen die Dinge nicht, wir wollen der Gewerkschaft keine bestimmte Haltung zu diesen oder jenen Fragen aufdrängen, aber die Kritik an denselben müssen wir uns als Partei wahren, selbst auf die Gefahr hin, daß, wie im vorliegenden Falle, unsere Presse mit nationalliberalen Blättern in einen Topf geworfen wird. Wie sonderbar aber nimmt es sich aus, wenn das Blatt, das die Unabhängigkeit der Gewerkschaften betont, vom sozialdemokratischen Parteitag verlangt, er solle zur Streitfrage innerhalb seiner Gewerkschaft Partei ergreifen. Es wird in dem Artikel foddam weiter ausgeholt zum vernichtenden Schlage gegen die Reichstags- Abgeordneten, Redakteure, Gewerkschaftsleiter-Vorsitzenden und ähnliche Arbeiterführer, die ihr Mandat mißbraucht haben und noch mißbrauchen, um durch Verhöhnungen des Buchdrucker-Verbandes, dessen Leitung wie seines Organs, und Förderung einer Gegenorganisation den Verband lahmzulegen. Zum Schluß kommt der Artikelschreiber zu folgender Erkenntnis:

Wir sind jederzeit objektiv genug gewesen, nicht die Partei als solche für diese Dinge verantwortlich zu machen, wenn es aber in derselben schon so weit gekommen sein sollte, daß jeder von persönlichen Leidenschaften oder Gefühlsregungen erfüllte Mensch namens der Partei die Belamischung von Arbeitern oder deren Organisationen zum „Prinzip“ erklären kann, wenn eine Abwehr persönlicher Angriffe und Gefühlsregungen mit dem Ausschluß aus der Partei gefordert und damit zur Parteifolge gemacht wird, dann verzweifeln wir an dem Glauben, in der sozialdemokratischen Partei die Vertreter unserer Interessen zu erblicken.

Wir werden kaum dazu beitragen können, daß bei dem Verfasser der Glaube an die sozialdemokratische Partei befestigt wird, denn schließlich verlangt er von allen Partei-Angehörigen stille Anerkennung der Taktik des Buchdrucker-Verbandes, dazu werden sich unsere Parteigenossen wohl kaum bequemen.

Wir betonen noch einmal: Die Buchdrucker mögen ihre Abwehr gegen Angriffe, die auf ihre Organisation erfolgen, in noch so scharfer Form leiden, wir bestreiten ihnen nicht das Recht dazu. Aber wir weisen es entschieden zurück, wenn diese Polemik darauf zielt, die Partei mit Bestrebungen der nationalliberalen Presse zu verquiden. Wollten wir denselben Weg beschreiten, dann hätten wir guten Anlaß, aus der Stellung einzelner Mitglieder dieser Organisation noch ganz andere Schlußfolgerungen zu ziehen.

Zwei Mitglieder des Streikkomitees der Hienburger Mauer hatten das Verbrechen begangen, sich auf eine Bank vor dem Bahnhof hinzusetzen, um dort ankommenden fremden Arbeitern über den Streik Aufklärung zu geben. Sie erhielten ein Strafmandat in Höhe von 6 M., wogegen sie richterliche Entscheidung beantragten. Vor dem Schöffengericht erlangten die Angeklagten Freisprechung.

Die Arbeiter der Malzfabrik in Rieneburg a. S. sind ausständig geworden. Von ihrem ohnehin geringen Lohne wurden ihnen wöchentlich noch 1,50 M. abgezogen, die sie am Schlusse der Kampagne ausgezahlt erhielten. Die Arbeiter ließen sich das nicht mehr gefallen und verlangten die Auszahlung des vollen Lohnes. Wer nicht die ganze Kampagne aushielt, ging des einbehaltenen Lohnes verlustig. Da die Fabrikleitung der Forderung nicht entsprechen wollte, traten die Arbeiter in Streik.

Die Mannheimer Bäcker haben auf einen an die Bäckermeister gerichteten Lohnarif eine ablehnende Antwort erhalten. Recht interessant ist dabei, wie die Herren Bäckermeister über Wohnungsverhältnisse sich auslassen. Es heißt in der Antwort:

„Bedenken der Wohnungsverhältnisse wurde in unserer letzten Generalversammlung vom 25. v. M. beschloffen, daß bis spätestens 1. April 1899 jeder Gehilfe sein Bett für sich allein in entsprechend ausgehauenen Bohrräume erhält. Sollten an einzelnen Stellen wegen Verabreichung von Wäsche und Reinhaltung der Betten und Wohnräume Mängel herrschen, so sind wir wie seither bestrebt, Abhilfe zu schaffen.“

Also bis zum 1. April 1899 denken die Bäckermeister doch schon den Zustand herbeizuführen zu können, daß jeder Bäckergehilfe ein eigenes Bett erhält. Wie fürzöglich die Herren Meister doch auf das Wohl der Gesellen bedacht sind. Allerdings lassen sie sich recht lange Zeit, eine so beschiedene Forderung zu bewilligen, wie sie die Gesellen hier stellen. Sollte man es nicht für ganz selbstverständlich halten, daß jeder gestittete Mensch das Verlangen des Arbeiters, ihm eine eigene Schlafstätte zu gewähren, sofort erfüllen würde, ja ist es nicht überhaupt eine betrübende Erscheinung, daß solche Forderungen von den Arbeitern überhaupt gestellt werden müssen. Die Thatsache allein genügt, um sich ein Bild von den miserablen Zuständen in den Bäckereien machen zu können.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Ogerssheim (Rheinpfalz) siegte bei den Arbeitnehmern die von der Gewerkschaftskommission aufgestellte Liste.

Ausland.

In Falkenan steht die Belegschaft des Bodener Kohlenwerks im Ausstand, weil eine Anzahl der Arbeiter ermahregelt werden sollte. Die vor kurzem gepflogenen Verhandlungen liehen eine Beilegung des Streiks erwarten, da den Arbeitern Zusicherungen gegeben wurden, die geeignet waren, die Differenzpunkte zu beseitigen. Nachträglich hat jedoch die Direktion diese Zusage zurückgezogen, und so wird der Kampf mit Energie fortgesetzt.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. Auf Jesse Frankenholtz in der Rheinpfalz wurde ein Bergmann von zwei einander entgegengesetzten Kohlenkumpen zerquetscht.

In der Herder'schen Buchdruckerei in Freiburg i. B. wurde ein dort seit vielen Jahren beschäftigter Arbeiter von der Trammission jermalm.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß am Sonnabend Abend in St. Nicolas ein neugebautes Haus einstürzte, worin 3 Arbeiter beschäftigt waren. Zwei derselben wurden als Leichen unter den Trümmern hervorgeholt, die übrigen sind wahrscheinlich ebenfalls ums Leben gekommen.

In der Raketenfabrik in Nikolajew in Rußland wurden durch eine Explosion 21 Personen getödtet und 5 schwer verwundet.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 21. November. (W. T. B.) An der Kreuzung der Johannes- und Schauenburgerstraße rih heute der oberirdische Leitungsdraht der elektrischen Straßenbahn und fiel gegen die Eisenkonstruktion des Schaufensers einer Kalamitube. In dem mit Damen voll besetzten Laden erfolgten mehrere elektrische Entladungen. Es entstand eine große Verwirrung, zwei Damen wurden verletzt, Tische und Stühle umgeworfen und beschädigt. Das Gerücht, daß mehrere Menschen getödtet seien, ist unbegründet.

Wien, 21. November. (W. T. B.) Der Ausgleichsausschuß nahm Artikel 2 des Zoll- und Handelsbündnisses nach Ablehnung aller Abänderungsanträge unverändert an. — Bei Artikel 3 fragte Abgeordneter Lecher, ob Aussicht für das parlamentarische Zustandekommen des Ausgleichs in Ungarn vorhanden sei und was die Regierung andernfalls zu thun beabsichtige. Handelsminister Dipanti erklärt: Was die Verhältnisse wegen eines vertragslosen Zustandes betreffe, so sind dieselben besetztigt; wenn der Auskauf und das Haus bis zum 1. Januar das Zoll- und Handelsbündniß annehmen, was seines Erachtens unschwer möglich sein dürfte. Heute sei Ungarn immerhin noch in der Verathung der Ausgleichsvorlagen vor Oesterreich wesentlich vorzug, indem dort die wichtigsten Vorlagen bereits in den Ausschüssen angenommen und für die Verathung im Plenum fertiggestellt sind. Gerade das Zurückbleiben der Arbeit im österreichischen Parlament habe den Stillstand der Verathungen in Ungarn vielfach bedingt.

Budapest, 21. November. (W. T. B.) (Abgeordnetenhaus. Fortsetzung.) Die Sitzung wird um 7 Uhr wieder eröffnet und unter andauerndem Lärm der Opposition um 1/2 wieder auf eine Stunde suspendirt. Die Minister verlassen unter Ehrenrufen der liberalen Partei und Pfeifen der Opposition den Saal. Dieselben Vorgänge wiederholen sich um 8 1/2 Uhr bei Wiedereröffnung der Sitzung, welche wieder auf eine Stunde suspendirt wird.

Zürich, 21. November. (W. T. B.) Der vor zwei Jahren wegen Ermordung seines Föchterchens verurtheilte Völliger wurde von dem Schwurgericht freigesprochen. Die Kosten des Untersuchungsverfahrens sowie die Gerichtskosten übernimmt die Gerichtskasse. Völliger erhält eine Entschädigung von 8200 Franks. Der Fall erregte seinerzeit in Züricher Kreisen großes Aufsehen und beschäftigte seither die öffentliche Meinung.

Paris, 21. Nov. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer nahm mehrere Anträge mit 492 gegen 43 Stimmen an, wonach für Freigeborene, sowie für Vergehren gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz Amnestie gewährt wird. — In den Wandelgängen war ein Gerücht verbreitet, daß Oberst Picquart erst nach Beendigung der Untersuchung gegen Dreyfus vor das Kriegsgericht gestellt, inzwischen aber voraussichtlich provisorisch in Freiheit gesetzt würde.

Paris, 21. November. (W. T. B.) Das französisch-italienische Handelsabkommen ist heute Nachmittag 2 Uhr zwischen dem Grafen Torielli und den technischen Delegirten der beteiligten Minister abgeschlossen worden; der Abschluß des Abkommens wird heute Abend durch Austausch von Briefen zwischen dem Minister des Äußeren Delcassé und dem Grafen Torielli festgesetzt werden.

Madrid, 21. November. (W. T. B.) Heute Abend findet eine Sitzung des Ministerrathes statt, in der über die Arbeiten der Pariser Friedenskonferenz berathen werden soll.

Washington, 21. November. (W. T. B.) Nach Meldungen aus Paris heißt es in der Antwort Amerika's bezüglich der Philippinen, Amerika beabsichtige, die Philippinen als offene Thür für den Welthandel zu erhalten.

Die Unfreiheit der Presse in Rußland.

(Schluß.)

Zu den Behörden, welche die Zensur um Schuß gegen die Presse angehen, gehört auch die Direktion der kaiserl. Theater. Man muß sich in der That nur darüber wundern, daß es diesen weisen Mandarinen bis jetzt noch nicht eingefallen ist, dem Publikum zu verbieten, im Theater Weisheit oder Unwissenheit zu hören und sich dadurch auf das Gebiet der Urtheile, die lediglich der vorgezeichneten Behörde vorbehalten sind, zu begeben.

Die Armee darf keinem Verdacht ausgesetzt werden; über sie dürfen keinerlei Gerüchte umlaufen.

Im Jahr 1886 wurde, wahrscheinlich zu demselben Zweck vorgezeichnet, nichts über die transkaspiische Eisenbahn zu drucken. Ueberhaupt unterliegt die Ordnung, die in dem Marine- und Militäramt herrscht, keinerlei Kritik.

Am 30. Januar 1896 wurde ein Zirkular erlassen, durch welches geboten wurde, keine Nachrichten zu bringen über den Nord und die Verwundungen, die am 29. Januar auf der Bodolokajastrasse (in Petersburg) von einem Kosaken des Kosakenregiments der Leibgarde seiner Majestät verübt worden sind, da die Verfügungen über das Richterthum von Artisten und Nachrichten, die das Leben einzelner Heerestheile betreffen, ihre volle Kraft bewahren.

Also die Regierung in ihrer gesammelten Zusammensetzung vom Jaren bis zum gemeinen Soldaten, vom Staatsrath bis zum Kreis- hauptmann, vom Minister bis zum Spizel ist mit einem Zensur- netzel umhüllt, hinter dem man nichts sehen kann.

Einen ähnlichen Nebel deckt die Oberverwaltung für Pres- angelegenheiten über das öffentliche Leben. Auch über die Fragen, die das Leben verschiedener Volksklassen betreffen, ist die legale Presse genöthigt, mehr zu schweigen als zu reden. Schon am 28. November 1888 wurde den Presseorganen, die ohne Präventiv- zensur erscheinen, vorgeeschlagen, sich überflüssiger und leidenschaft- licher Urtheile über die städtischen Wahlen und die Regierungsmassnahmen, die sie regeln sollten, zu enthalten. Am 7. Mai 1898 wurde es verboten, künftig irgendwelche Artikel zu bringen über die Art und Weise, wie in dem Fall, daß die städtischen Wähler nicht alle Stadtverordneten gewählt haben, das Manlo an Stadtverordneten seitens der Regierung vervollständigt werden könnte. Die Berichte über die Sitzungen der Stadt- verordneten-Versammlungen können auf Grund des Zensurgesetzes in der Presse nur mit Genehmigung des Stadthauptmanns erscheinen.

Während die Zensurbehörde so aufs sorgfältigste die Inter- essen und die Ruhe der höheren Klassen und Personen schützt, die in der einen oder anderen Weise ihre Hand an das fiskale und gesellschaftliche Eigenthum gelegt haben, verhält sie sich gegenüber den Interessen und Bedürfnissen der Ar- beiterklasse — der landwirtschaftlichen wie der industriellen — in hohem Grade feindselig. Im Jahre 1894 wurde unter dem Vorhinein des Gehilfen des Ministers des Innern, Sijagin, ein besonderes Kollegium eingesetzt für Verhandlungen über die Auswanderung der Bauern aus ihren Heimathsorten; aber der Presse wurde befohlen, über diese Verhandlung und ihre Resultate zu schweigen (Verfügung vom 5. April 1894). Desgleichen wurde am 2. Juli 1895 verboten, irgend welche Nachrichten zu bringen über eigenmächtige Aus- wanderungen der Bauern, sowie über Massnahmen, die aus diesem Anlaß von der Regierung getroffen werden. Nicht weniger feindselig steht die Zensur der Besprechung der Lage der Fabrikarbeiter gegenüber. Die in den letzten Jahren unter den städtischen russischen Arbeitern erstandene Bewegung kommt in den Zensurmaßnahmen klar zum Ausdruck. Mit Rücksicht darauf, daß in einigen Zeitungen (den „Petersburgskaja Wedomosti“, „Syn Otschestswa“, „Kowoje Wremja“) Artikel erschienen waren, die den Zustand unserer Fabriken und das gegenwärtige Verhältnis der Arbeiter und der Unternehmer behandelten, beschloß der Minister des Innern, auf Grund der §§ 140 und 166 des Zensur- und Presgesetzes: das Erscheinen solcher Artikel gänzlich zu verbieten, denn sie können, da sie in einer tendenziösen Richtung geschrieben sind oder falsche Thatsachen mittheilen, einen wesentlichen Schaden stiften. Die offensichtliche Aburdität des Vorwandes für diesen Beschluß verbietet jedoch durchaus nicht, daß noch einmal — am 8. Juni 1896 — das Verbot wiederholt wurde, Artikel über Ausbeutungen in den Fabriken, sowie über das gegenwärtige Verhältnis der Unternehmer und der Arbeiter zu bringen. Die Wiederholung des Verbots war nöthig, um Mit- theilungen in der Presse über den großen Streik der Ar- beiter der Petersburger Textilfabriken, der im Frühling des Jahres 1896 stattgefunden hatte, zu verbieten. Es war jedoch unmöglich, diesen Riesestreik ganz tot zu schweigen, daher entschloß sich die Regierung zu einer anderen Taktik diesem Ereignisse gegenüber. Nachdem sie im Regierungsboten einen sehr unvollständigen Bericht über den Streik gegeben hatte, schlug sie am 18. Juli 1896 den Redaktionen vor, in den Betrachtungen über diesen Gegenstand nicht aus dem Rahmen des im Regierungs- boten“ gebrachten Berichtes hinauszugehen und mit der äußersten Vorsicht die Mittheilungen zu benutzen, die ihnen aus anderen Quellen möglicherweise zugehen werden, sowie mit Vorsicht von der Ver- trachtung dieser Ereignisse. . . zu Schlüssen über die allgemeine Lage der Fabrikarbeiter überzugehen.“ Da der Minister also nicht im Stande war, den Streik totzuschweigen, so gab er wenigstens der Presse zu verstehen, daß dies Ereigniß als ein harmloses zu betrachten sei, das in keinem Zusammenhang mit der allgemeinen Lage der Arbeiter stehe und fast ganz zufällig sei. Aber bereits am 4. Januar 1897 erfolgte eine neue Verfügung, keine Artikel und Notizen überhaupt mehr über die Arbeiterfrage zu bringen. Die Presse wird also ge- zwungen, die brennendsten Fragen des Volkslebens tot zu schweigen. Sie soll ein passiver und stummer Zeuge der Raubzüge des Adels und der Stadtväter, des Ruins der Dörfer und der schonungslosen Ausbeutung der Fabrikarbeiter sein; sie soll den Kämpfen der arbeitenden Klasse um ihr Recht zusehen, ohne zu wagen, die Sympathie für sie zum Ausdruck zu bringen, noch der gesammten Gesellschaft klar zu machen, wie entsetzlich im Grunde ihre Lage ist. Mit gebundenen Händen steht die legale Presse dem Volksland gegenüber, abseits von dem kühnen Kampf, den die Arbeiterklasse hier oder da auf eigenes Risiko hin eingeleitet hat.

Im Jahre 1889 wurde verboten, die Protokolle derjenigen Sitzungen der Vorkomitees sowie der ökonomischen Gesellschaften zu veröffentlichen, in denen die Tariffrage behandelt würde. In dem folgenden Jahr wurde verboten, etwas über die Getreidetarife zu drucken, „solange der Presse darüber keine neue amtliche Verfügung zugehen wird“, und im Jahre 1893 wurde vorgegeschrieben, den doppelten Zolltarif, ausschließlich unter einem wirtschaftlichen Gesichtspunkt zu betrachten, ohne die Vermuthung auszusprechen oder anzudeuten, daß ihm eine feindselige Tendenz gegenüber Deutschland innewohnt. Im Februar 1894 erfolgte das Verbot, über den Handelsvertrag mit Deutschland zu schreiben, „so lange er im Staatsrath durchberathen wird“. Die Presse muß infolge der Massnahmen, die ihr gegen- über getroffen werden, jedesmal schweigen, sobald eine wichtige allgemeine Angelegenheit in Angriff genommen wird. Als vor zwei Jahren die allgemeine Volkszählung vorgenommen wurde, verbot die Oberverwaltung durch die Verfügung vom 25. November 1896, in der Presse irgendwelche Nachrichten über die Thätigkeit der lokalen Volkszählungs-Kommissionen vor Vollendung der gesammten Zählungsoperation in sämtlichen Ortschaften, das heißt vor dem 1. Februar 1897, zu bringen. Das Zirkular vom 8. Dezember 1896 gestattete überhaupt das Erscheinen von Nachrichten, die auf die Volkszählung Bezug haben, in der Presse nicht anders als mit Genehmigung des Vizepräsidenten der Ober-Volks-

zählungskommission, und diese sonderbare Verfügung ist erst nach Voll- endung der Volkszählung (am 31. Dezember) aufgehoben worden. So- gar Mittheilungen über die Verhandlungen des Kongresses der Syphilidologen in Petersburg im Jahr 1897 durften nach ihrer Durchsicht von dem Direktor des Medizinal-Departements in der Presse er- scheinen. Die Verfügung des Ministers, durch welche dies an- geordnet wurde, stützte sich auf den berüchtigten § 140 des Zensur- gesetzes; die Frage über die Syphilisverbreitung scheint demnach in Rußland als eine „geheime Frage von Staatsbedeutung“ angesehen zu werden.

Bereits im Jahre 1891 wurden alle Nachrichten über das Cholera-Unglück der Kontrolle des Medizinal-Departements unterstellt. Am 13. Juni 1892 wurde verboten, in der Presse Artikel zu bringen, die eine Beunruhigung der Gesellschaft erregen. Aber die Cholera schritt vorwärts, ohne auf die Strenge der Zensur Rücksicht zu nehmen, und gleichzeitig mit ihrem Auftreten lobten auch Urkunden auf unter der in geistiger Nacht dahinlebenden Be- völkerung, die durch das ewige Lied von der öffentlichen Ruhe und der obrigkeitlichen Fürsorge eingelullt war und sich plötzlich in der Nacht des schrecklichen Unglücks sah.

Im Hungerjahr 1891 war der Presse nicht nur die Mög- lichkeit genommen, die wahren Dimensionen des Unglücks, unter dessen Last das Volk zusammenbrach, festzustellen, sondern auch nach den Ursachen dieses Unglücks zu forschen — sie durfte nicht einmal ohne spezielle Erlaubnis seitens der Behörden zu Spendeleistungen zu gunsten der Hungernden auffordern (Zirkular vom 12. November 1891). Als die Krönungskatastrophe auf dem Chodinskysfelde zu Moskau ausgebrochen war, erfolgte sofort eine Verfügung, über dieses Ereigniß keine falschen und über- triebenen Nachrichten zu bringen, die mit den Berichten, welche im Regierungsboten erscheinen werden, nicht übereinstimmen“ (Zirkular vom 13. Mai 1896).

Bei Beginn der Unruhen in der Moskauer Universität im Jahre 1896 verbot die Regierung, Mittheilungen darüber zu drucken, „bis eine neue spezielle Verfügung erscheint“ (Zirkular vom 20. November 1896).

Im Jahre 1892 erfolgte das Verbot, Nachrichten über die an- geblich bevorstehende Revision des Programms, die Verkärzung des Gymnasialkurses u. s. w. zu bringen, und nach vier Jahren wurde dies Verbot wiederholt.

Im Jahre 1890 schickte die Oberverwaltung mit Rücksicht auf die umlaufenden Gerüchte, daß einige Personen die Absude und dreifache Absicht haben, einen Protest gegen eine angebliche Unterdrückung der Juden zu erheben, an die Redaktionen den Befehl, einen derartigen Protest nicht zum Ausdruck zu bringen, mit der Drohung, im Uebertretungsfall ihre Organe zu verbieten.

Am 13. Oktober 1897 erfolgt die Verfügung, eine zeitlang keine Artikel des Professors Gersewanoff über die tech- nische Bildung zu bringen. Diese Verfügung, die erst am 31. Dezember 1897, als die Frage über die technische Bildung schon aus den Zeitungspalten fast ganz verschwunden war, aufgehoben wurde, ist um so bemerkenswerther, als sie nicht einen der Behörden als verdächtig bekannnten Schriftsteller betraf, sondern einen Mann, der im Regierungsdienst den sehr geachteten Posten des Direktors des Eisenbahnen-Ingénieur-Instituts inne hat.

Am 4. Januar 1897 wurde der Einzelverkauf der Zeitung „Utro“ verboten; wieder erlaubt wurde er am 4. Februar. Zur selben Zeit wurde die erste Verwarnung der Zeitung „Luz“ ertheilt, deren Einzelverkauf zugleich verboten wurde. Am 10. Januar erfolgte die zweite Verwarnung an die Zeitung „Chosjain“ (der Landwirth). Am 14. Februar wurden der Einzelverkauf des „Grafhdanin“ und des „Swjet“, am 15. Februar der „Glasnost“ verboten; neu erlaubt wurde der Einzelverkauf dieser drei Zeitungen am 16. März. Am 27. Februar wurde die Zeitung „Winskij Wjstol“ auf acht Monate verboten. Am 28. Februar er- folgte das Verbot des Einzelverkaufs der Zeitung „Kuh“; neu erlaubt wurde er am 8. Mai. Am 15. März wurde die Zeitung „Samariskij Wjstnik“ auf vier Monate unterdrückt. Am 8. April erfolgte das Verbot des Einzelverkaufs der „Kowoji“ (erneuert am 8. Mai). Am 17. Mai wurde die Zeitung „Sibirskij Wjstnik“ auf acht Monate verboten. Am 20. Mai erhielt die Zeitung „Chosjain“ die dritte Verwarnung und wurde auf zwei Wochen unterdrückt; nach ihrem Neuaufleben wurde sie der Präventivzensur unterstellt. Am 21. Juni wurde die in lettischer Sprache in Riga erscheinende Zeitung „Desnaja Kapu“ auf acht Monate verboten. Desgleichen am 28. Juni der „Odesskij Wjstol“ auf zwei Monate; dieses Verbot wurde übrigens vor Ablauf dieser Zeit, nämlich am 21. August, aufgehoben.

Mit der zeitweiligen Abreise des Zensurchefs Solowjoff ins Ausland trat für die Presse ein kurzes Abemholen ein; nach seiner Rückkehr begannen von neuem die Wuthausfälle der Zensur. Am 10. November wurde der Zeitung „Russkij Trud“ die erste Verwarnung ertheilt für „eine dreifache Ausdrucksweise über die orthodoxe Geistlichkeit.“ Am 14. November fand dieselbe Massnahme Anwendung gegenüber der Zeitung „Swjet“, die einen Aufruf der Warschauer Studenten in Sachen der sechs Professoren abgedruckt hatte, welche die Errichtung eines Denkmals von Murawjoff begrüßt hatten. Am 15. November wurde den Zeitungen „Kowoje Oigoloski“, „Syn Otschestswa“, „Korod“ und der in deutscher Sprache erscheinenden „St. Petersburger Zeitung“, welche diese Mittheilung des „Swjet“ abgedruckt hatten, das Recht entzogen, private Anzeigen zu drucken; ein Recht, das ihnen erst am 29. November wiedergegeben wurde. Am 15. November wurde auch der Einzelverkauf des „Russkij Wjstol“ verboten (neu erlaubt am 15. Dezember). Am 29. November wurde das Drucken privater Anzeigen im „Petersburgskij Wjstol“, am 1. Dezember in den „Wschelwja Wjedomosti“ und dem „Russkij Trud“ verboten; diese Verbote sind am 15. und 18. Dezember wieder aufgehoben worden. Durch die Verfügung vom 7. Dezember verbot der Minister des Innern die Warschauer Zeitung „Gazeta Polska“ auf sechs Monate. Am 10. Dezember beschloß der Minister des Innern, der Volksausklärung, der Justiz und der Oberprokurator des Synods, die Monatschrift „Kowoje Slowo“ gänzlich zu verbieten. Am 13. Dezember wurde der Zeitung „Sibir“ die zweite Verwarnung ertheilt. Am 18. Dezember wurde der Einzelverkauf des „Utro“ verboten. Endlich am 31. Dezember wurde die Zeitung „Kasbel“ auf acht Monate verboten.

Im Jahre 1898 war die Zensur noch strenger als im voran- gegangenen.

In den letzten drei und dreiviertel Jahren sind zu verzeichnen: 8 Fälle der Entziehung des Rechtes, in Zeitungen Privatangelegen- zu drucken, 19 Verbote des Einzelverkaufs von Zeitungen, 19 Fälle zeitweiliger Verbote von Presseorganen, 7 Fälle von Ertheilung der ersten Verwarnung, darunter 2 an Monatschriften und 5 an Zeitungen, 2 Fälle von Ertheilung der zweiten Verwarnung an Presseorgane, 3 Fälle der Ertheilung der dritten Verwarnung mit Unterstellung der betreffenden Organe unter eine Präventivzensur, und 3 Fälle vollständiger Unterdrückung von Presseorganen (der Zeitungen „Russkaja Schisnj“ und „Arbagan“ und der Monats- schrift „Kowoje Slowo“. Wahrscheinlich, wenn der Vater die Presse mit Ruthen züchtigte, so züchtigt sie der Sohn mit Storpionen.

Lokales.

Die Freie Volksbühne veranstaltet ihren zweiten Projektionsvortrag „Abend am Mittwoch“, den 23. No- vember, abends präzis 8 Uhr, in Keller's Festhallen. Dr. Wilhelm Meyer, früher an der Ucania, wiederholt das Thema „Um die Erde von Pol zu Pol“ mit 200 Lichtbildern. Entree für jedermann 25 Pf., Einlaßkarten auch für Nichtmitglieder bei: Meyer, Veteranenstr. 13; Charlet, Adorfstr. 154; Jubel, Lindenstr. 106; Wöttger, Wartheiner-Platz 11; Kiemeier, Weberstr. 19; Kothke,

Koppenstr. 90; Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; sowie an der Kasse, soweit Raum vorhanden ist.

I. Abtheilung, Sonntag, den 27. November, nachmittags 2½ Uhr, im Lessing-Theater: Nora (Ein Puppenheim), Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen. Die vom Ausfüh- geplante Revolver-Aufführung muß technischer Hindernisse halber für eine spätere Serie verschoben werden.

III. Abtheilung: Liebeslei und Lumpenbagasch am 27. November im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater. Kaduziger können nur, soweit Raum ist, einen Stich- platz erhalten. (Siehe heutiges Inserat.)

Der Vorstand. J. A. G. Winkler.

Eine Palästinafahrt dürfte von den wahren Patrioten bald für ebenso unerlässlich gehalten werden, wie das liebe Reser- ventenamt-Titelchen und der contra naturam aufgewickelte Schmers- bart. Ein hiesiges Montagblatt, dessen Herausgeber sich beharrlich zu den Göttern rechnet, behauptet nämlich, von seinem Spezial- Berichterstatler folgende Mittheilung aus Damaskus erhalten zu haben:

Die Stadt Damaskus hat unserem Kaiser eine Guldigung ohne gleichen bereitet und loeben war es, daß der Kaiser zu Chahir Pascha, dem Chef der türkischen Suite, äußerte: „Ich möchte doch, daß meine Berliner mal sehen, wie hier ein Herrscher empfangen wird.“

Gewissenhaft, wie der Spezialberichterstatler nun einmal ist, entwirft er denn auch in höchster, von Patriotismus durchwehten Stillschützen das Schauspiel, das des Kaisers Berliner „mal sehen müssen“.

Schon das Publikum, das unterwegs den Zug begrüßt, äußert seine Freude darüber, daß Wilhelm II. in einem der vorüberfahrenden Wagen sitzt, nach dem Spezialberichterstatler überaus originell:

Die Leute sind aus Leibkräften vergügigt, in selbstamen flügelmännischen Gebarden wiegen, drehen und wenden sie sich, ihre Arme gehen wie Windmühlensflügel, dann hüpfen, tanzen und singen sie ihre Volkswesen, in chromatischen Tonfolgen näselnd, plärrchend, quielend stundenlang, sich hinaus- und hinunterwürgend in dem monotonen Tonhaas.

Diese aus orientalischer Nahebrust hervorbrechenden Gefühle sind aber noch garnichts gegen den Patriotismus weiblicher Oberbanz:

Die jungen Weiber und Mädchen im Libanon und in Da- maskus bringen, um ihrer Freunde und ihrem Proßium überhaupt Ausdruck zu geben, vibrirende Kopftöne in den höchsten Tonlagen in choro hervor, das klingt wie Schellenklang, Tauben- geigie und helltönendes, melodisches Gemisch, die Mädchen machen dabei das verquälteste Gesicht von der Welt, aus den dunklen Augen blüht Lebenslust, Uebermuth und Intelligenz.

Kun bedenke man, daß diese „in den höchsten Tonlagen in choro“ lungbegebenen Freudenansprüche immer noch nicht den Superlativ des Entzückens bilden, mit dem in Damaskus ein Herrscher empfangen wird.

Bei dem eigentlichen Einzug durch die Triumphstraße ging es — immer noch dem Spezialberichterstatler — folgendermaßen zu:

Ein dröhnender und von den Bergen schrecklich wiederklingender Kanonendonner erfüllte die Luft und hunderttausende, die dicht- geteilt die Wege einräumten, erhoben ein Freudengeschrei, jenes wie herende Jubeln, Losen, Loben, Jauchzen, Juchsaufen, das in solcher Mächtigkeit, Leidenschaftlichkeit wohl noch nie gehört worden ist. All der Damascener Fanatismus, der schon un- gezählte tausende von Christen zum Opfer geordnet, konzentrierte sich zu einer Freudentundgebung, die in ihrer Art etwas Er- greifendes und Fascinirendes hatte. Und so drängten über Militär und Polizei hinweg die Tausende hinter dem kaiserlichen Zuge her, Karawalle, Infanterie, Wagen, Pferde, Kinder, Weiber, Greise ballten sich zu einem wunderlichen Chaos.

Der wahrhaft national geführte Theil des deutschen Reichshaupt- städter wird eingestehen müssen, daß er, was Begeisterung betrifft, auch nicht entfernt an die Damascener tippen kann. Da muß man fleißig in den Vorbildern lernen. Wir zweifeln nicht daran, daß zahlreiche Schaaeren solcher Patrioten, die sich's leisten können, studien- halber der frischigen Hauptstadt zuziehen. Sie werden dort auch nach der Rückkehr des deutschen Kaisers genug Gelegenheit zum Lernen haben. Denn immerhin war Wilhelm II. den Damascenern doch nur ein freier Herrscher, ein Monarch, von dem sie vorher in ihrem Leben kaum gehört hatten. Wie muß da erst die Begeisterung an den gewiß zahlreichen nationalen Festtagen in Damaskus auf- flammen! Wer aber ein Patriot ist und sich eine Orientreise nicht leisten kann, für den bleibt die Hoffnung offen, daß der patriotische Orient zu ihm komme. Wie wir hören, sind schon einige geschäfts- gewandte Damascener unterwegs, um in Berlin eine patriotische Trainirschule einzurichten.

Patriotismus. Zur Nachachtung für Berliner Patrioten steht im „Berliner Tageblatt“ zu lesen: Reuters's Spezialdiensst meldet, daß Beirut für den Empfang des Kaisers die ganze Jahressteuer vorausgabte. Bei ihrer Ankunft hatten die türkischen Begleit- schiffe der deutschen Kaiserflotte keine Kohlen mehr. Niemand wollte ihnen Kohlen auf Vorrat geben, bis ein Händler sich gegen die Verleihung der Paschawärde als eine Art von Aufgeld hierzu entschloß.

Die Zithen-Angelegenheit kommt mehr und mehr in Auf- wach. Von Tag zu Tag erweitert sich der Kreis derer, welche die Ueber- zeugung von der Unschuld des jetzt über fünfzehn Jahre im Zuchthaus zu werden schmachdenden Zithen gewonnen haben und entschlossen sind, nicht eher zu ruhen und zu rasten, als bis das Recht gestiftet hat und der schwere Justizirrtum gestiftet ist. Und Namen vom besten Klang in der Welt der Journalistik, Kunst- literatur und Jurisprudenz sind unter denen, welche den Kampf aufgenommen haben, und demnachst in die Öffentlichkeit treten werden.

Auch im Ausland fängt der Fall Zithen an, Aufsehen zu erregen — namentlich in Frankreich, wo der Fall Drehfus das Gewissen der Nation geschärft und die Möglichkeit verhängnisvoller Justizirrtümer jedem offenbart hat.

Geistesfreiheit und Gewissensfreiheit ist zweierlei. Im glück- seligen Preußen haben wir sogar einen Minister für Geistes- freiheit. Wenigstens hat der preussische Außenminister Boffe kürzlich auf dem Frenzelst behauptet, ein solcher Mann zu sein. Gewiss, daß die Geistesfreiheit sich in Preußen eingebender Aufmerksamkeit erfreut: das Strafgesetzbuch, Börsengesetz, das Empor- wachern einer giftigen Orthodoxie, der Zwang gegen Dissidenten- finder, den Religionsunterricht zu besuchen, die Maßregelung jüdischer Lehrerinnen und manche andere ebenso liebliche Er- scheinung.

Im barbarischen Japan ist man nicht so glücklich, ein Ministerium für Geistesfreiheit zu besitzen. Zu welchen schrecklichen Zuständen dieser Mangel führt, zeigt eine Mittheilung, die wir unter Bücherbesprechungen verstreut in der frommen „Kreuz- Zeitung“ finden. Dort heißt es in der Rezension eines Buches, welches das geistige und soziale Leben des japanischen Volkes be- handelt:

„Den religiös indifferenten Standpunkt der höher gebildeten Japaner bezeichnet wohl am treffendsten der große Staats- mann Ito mit den Worten: „Ich betrachte die Religion als ganz unnötig für das Leben eines Volkes, Wissenschaft steht hoch über dem Aberglauben, und was ist jede Religion, sei es Buddhismus, sei es Christentum, andres als Aberglaube und deshalb eine Quelle der Schwäche für ein Volk? Ich belege die Tendenz zum Freidenkertum und Atheismus, die in Japan fast

allgemein herrscht, durchaus nicht, denn ich erblicke darin keine Gefahr für die Nation."

Wäre Herr Velle sich nicht der Japaner erbarmen und Herrn Ito auf dem Kaiserstuhl ablösen? Das deutsche Volk würde schon aus Mitleid mit Japan — gewiß gerne auf den Tausch eingehen.

Ein Opfer des Sozialistengeheues. Zu diesem Artikel, in dem wir am letzten Freitag das tragische Ende unseres Parteigenossen Winter schilderten, wird uns von einem der damals Verhafteten geschrieben: Zur Nichtigstellung möchte ich bemerken, daß nicht dienstliche Eitelkeit an dem traurigen Juli-Abend des Jahres 1887 etwas ausgeübter hätte. Soviel Intelligenz als hierzu nötig ist, hat diese verächtliche Menschenart wohl nie an den Tag gelegt. Es war, wie leider gesagt werden muß, ein Verräter aus den eigenen Reihen gewesen, ein Mann, der der Versuchung, die sich an so viele herangebracht hatte, nicht zu widerstehen wußte.

Die am genannten Tage versammelten Personen bildeten das Zentralkomitee. Der Verräter hatte unter einem Vorwande seinen Stellvertreter in die Sitzung gesandt. Obgleich die Polizei einer Großthat sicher war, war sie doch enttäuscht, denn es gelang ihr nur, sieben Personen zu verhaften, während ihr doch acht Mann signalisiert worden waren.

Das hing so zusammen: Wir mußten stets auf ein außerordentliches Ereignis gefaßt sein und richteten es daher in jeder Zusammenkunft so ein, daß der Kassierer erst nach uns den Versammlungsort verließ. So konnte denn auch am dem Unglücksabend, als die in die Uniformen von Pferdebesitzern gekleideten Polizisten bereits bei der Arbeit waren, unsern Kassierer noch rechtzeitig ein Zeichen gegeben werden. Es ward ihm möglich, sich zu retten und die innerlich erhebliche Geldsumme, die er bei sich führte, in Sicherheit zu bringen. Die sieben Verhafteten wurden nach dem nächsten Polizei-Revierbureau transportiert. Dort gab sich bei dem anwesenden Kriminalkommissar Schöne abermals Zeichen der Enttäuschung kund. Er zählte die Häupter seiner Lieben und sah, es waren statt acht nur sieben. Lange währte unsere Freude leider nicht. Als wir am nächsten Mittag vom Rollemarkt, wohin man uns in der Nacht gebracht hatte, nach Moabit ins Untersuchungsgefängnis geführt waren, fanden wir dort auch unseren Kassierer vor. Man hätte ihn morgens früh aus dem Bette heraus verhaftet. Unsere Anwesenheit wurde vom Staatsanwalt mit einer anderen Sache, in der ein Parteigenosse namens Ferkel schon am 24. Juni desselben Jahres verhaftet worden war, verbunden, und der Prozeß hieß offiziell „Ferkel und Genossen“. Der Verräter wurde erst später entlarvt.

Ein Polizeithat. Gewidmet von den Parteigenossen Berlins zum Andenken an den im Kampfe gefallenen Genossen. Also fand, wie wir am Freitag berichtet haben, auf der Schleife des Strandes zu lesen, der dem Andenken unseres am 16. November 1887 gestorbenen Parteigenossen Winters gewidmet worden war. Als das Grab unseres Vorläufers am Freitag von einigen Genossen besucht wurde, fand man die Widmung nicht mehr vor. Die Polizei hatte die Schleife konfisziert. Warum? Darum, auch die schärfste Gesellschaftsstrafe dürfte Mühe haben, für diese Polizeithat einen plausiblen Grund anzubringen. Unsere Parteigenossen aber werden nicht verschelen, die Konfiskation bei passender Gelegenheit im agitatorischen Sinne zu verwerthen. Vielleicht kann dies geschehen, wenn uns wieder einmal in üblicher Weise vorgeworfen wird, daß wir jeglichen Pietätgefühls bar seien.

Der Friedhof der Märzgefallenen in Friedrichshain war am Nachmittag des Todensonnens von einem zahlreichen Publikum besucht. Allgemein hörte man bestigende Ladel über die geringe Pflege, die man der Stätte angedeihen läßt; weder der Rundweg noch die Gräber zeigten, daß aus Anlaß des Todensonnens und des zu erwartenden starken Besuches irgend etwas für deren Instandsetzung gethan worden ist. Wie berichtet wird, sind in letzter Zeit mehrere Grabsteine und Kreuze durch Vandalenhande beschädigt worden. Das wäre ja kein Wunder. Haben doch „Neueste Nachrichten“, „Staatsbürger-Zeitung“ und ähnliche Blätter mit Eifer für Verbesserung des Friedhofes plädirt. Da ist es denn leicht begreiflich, daß besonders eifrige Patrioten auf eigene Rechnung und Gefahr ein bißchen in Grabhändlung machen.

Wie die Pietät gefördert wird. Einen wenig erfreulichen Abschluß fand die Todensonnensfeier auf dem neuen Friedhofe der Elisabeth-Gemeinde an der Prinzen-Allee. Um 5 Uhr ließ der Kirchhofinspektor das große Einfahrtsthor und eine der kleinen Nebenthore schließen. Nur das zweite kleine Thor blieb geöffnet. Ein Gendarm bewachte es, damit niemand mehr den Friedhof betrete. Auf diesem aber befand sich eine nach vielen Tausenden zählende Menge von Männern, Frauen und Kindern. Sie wollten nach und nach den Heimweg antreten, während immer noch Leute kamen, um in letzter Stunde die Gräber ihrer Angehörigen zu besuchen. Da niemand mehr eingelassen wurde, so sammelte sich auch draußen bald eine Menge an. In und an dem kleinen Thore, das jedesmal gerade eine Person durchläßt, gab es nun ein fürchterliches Gedränge, aus dem sich wilde Ausritte entwickelten. Frauen fielen in Ohnmacht, Kinder schrieken zum Erbarmen. Einige Männer versuchten, das große Thor zu öffnen, die Gendarmen aber hinderten sie daran. Viele nahmen nun den Ausweg über die Kirchhofmauer. Troßdem dauerte es eine Stunde lang, bis sich der Friedhof geleert hatte. Der Inspektor entschuldigte sich damit, daß er niemanden mehr habe einlassen dürfen, weil er dafür verantwortlich sei, daß nichts zertreten werde.

Kommerzienrath Velle und seine Söhne. Die Herren Andreas und Johannes Velle verstanden, wie die „Mittl. Volks-Ztg.“ mittheilt, ein Rundschreiben, datirt vom 12. d. M., worin sie mittheilt, daß ihnen ihr Vater, Herr Kommerzienrath C. Velle, Inhaber der Weiersee Velle, ihre Stellung in der Firma zum 1. Januar 1899 gekündigt habe. Beide waren in der Firma 18 Jahre, in den letzten Jahren als selbstständige Leiter des gesamten Geschäfts, thätig. Die Ursache der Kündigung ist im Rundschreiben nicht angegeben.

Das ist erklärlich. liegt doch der Kündigung eine etwas ungewöhnliche Vorgeschichte zu Grunde. Im Vollen Geschäft ist ein alter, frommer Herr noch jeden Tag rüstig auf dem Posten. Obgleich schon dem Greisenalter nahe, bleibt er doch allen Untergebenen ein Vorbild an junglingsfrischer Ausdauer und Geschäftigkeit. Auch sein Herz schlägt trotz langen Witterstandes noch jugendlich frisch, und zwar, wie die Frau eines der jungen Herren Velle im heißen Augenblick entdeckte, für eine im Hause beschäftigte Wirthschafterin. Das gab, um im Jargon der guten, von Eitelkeit triebenden Gesellschaft zu reden, einen Skandal. „Der alte Herr muß aus dem Hause heraus“, hieß es, „denn wenn die Geschäfte mit der Wirthschafterin bekannt wird, muß jeglicher Respekt im Geschäft verschwinden.“ Es war alles vorbereitet, um den alten, anfangs in der That etwas konfirmirten Herrn abzuschreiben. Gerade noch zur rechten Zeit kehrte aber, wie die frommen Söhne zu ihrem Schreden bemerken mußten, bei ihm die Haltung wieder. Hatte Herr Velle sen. sich doch selber mit dem thätigen, der Maßregelung ausgehenden Mann identifizirt. Herr Velle schrieb den beiden Siebengejährigen kurz und bündig, daß sie die Wirthschafterin als das zu respektieren hätten, was sie jetzt sei, nämlich als die angeordnete Gattin des alten Herrn. Sollten sie solches aber nicht, so möchten sie sich als gekündigt betrachten. So kam es denn, daß die beiden Söhne sich entschließen mußten, am 1. Januar dem Geschäft ihres Herrn Vaters Valet zu sagen.

Wir sind keine Freunde des Herrn Velle senior. Aber das hindert uns nicht, sein Handeln in diesem Falle als brav und ehrenvoll zu bezeichnen.

Vom Verein kindlicher Frauen werden wir ersucht, mitzutheilen, daß der Verein am Dienstag, den 22. November, abends 8 Uhr, Mohrenstr. 47 eine Versammlung abhält, in der Herr Privatdozent Dr. Simmel einen Vortrag über „Psychologische Grundlagen des Feminismus“ halten wird. Wir kommen diesem Wunsche umso mehr nach, als der Herr Rektor Geheimrath Professor

Waldeher die Erlaubniß, den Einschlag über die Versammlung am schwarzen Brett der Universität anzubringen, verweigert hat.

Sehr schwere Verletzungen hat sich infolge unvorsichtiger Umgehens mit einem geladenen Revolver in der Nacht vom Sonntagabend zum Sonntag der Gastwirth Karl Gotthmann, der Pächter der Bäderherberge auf dem Grundstück der „Concordia“, Andreasstr. 64, zugezogen. Er war, wie bereits gemeldet, in letzter Zeit mehrfach von Zufällern belästigt und bedroht worden; er trug daher einen geladenen Revolver bei sich. Als er am Sonntagabend nach Schluß des Geschäfts den Revolver ablegte, entlud sich das Geschöß und zerschmetterte ihm die rechte Hand durch etwa zwanzig Schrotkörner. Er mußte nach Anlegung eines Nothverbandes noch während 3 Uhr das Krankenhaus am Friedrichshain aufsuchen und dürfte nach Aussage der Kurgie zeitweilig die Beweglichkeit der Finger eingebüßt haben.

Ein Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Treptow-Dönhofsplatz und einem Omnibus der Linie Halleisches Thor-Landsberger Thor trug sich gestern, Montag, vormittags um 10¹/₄ Uhr an der Ecke der Ritter- und Lindenstraße zu. Der Omnibus, der auf den elektrischen Wagen aufsetzte, wurde von der Ritter- in die Lindenstraße einbog, verlor seine Deichsel, die zertrümmert wurde. Personen wurden nicht verletzt, auch die Pferde kamen unverletzt davon. Der Omnibus wurde durch Herbeischaffung einer neuen Deichsel nach einer Viertelstunde wieder betriebsfähig gemacht. Die Fahrgäste, die darauf nicht warten wollten, erhielten ihr Geld zurück.

Furchtbar verbrannt ist Sonntag Nachmittag der Malermeister A. Vesche, Elsäckerstraße 10. Um eine Wachsfläche herzustellen, hatte er Wachs und Terpentin auf die Kochmaschine gesetzt und sich schlafen gelegt. Die Waffe war jedoch übergekocht und hatte die Küche in Brand gesetzt. Die zufällig in die Küche tretende Ehefrau des Vesche rief um Hilfe; da sie bei den Bemühungen, den Brand zu löschen, von den Flammen erfaßt war. Dem herbeieilenden Themann gelang es zwar, seine Frau den Flammen zu entreißen und den Brand zu erlöchen, doch stiegen dabei seine eigenen Kleider Feuer. Beide stürzten nun hilflos nach dem Balkon. Die mittlerweile erschienene Feuerwehr legte dem furchtlich verbrannten und bereits bewusstlos gewordenen Vesche einen Nothverband an und sorgte für seine Ueberführung nach dem Hedwigs-Krankenhaus. Das Feuer zerstörte die Einrichtung der Küche, sowie der Schlafstube und konnte erst nach längerer Löschthätigkeit beseitigt werden.

Großes Aufsehen erregte am Todensonnens die Selbstmordverhütung einer jungen Frau bei den Wohnern der Schönhauser Allee. Gegen 9 Uhr morgens brach in der Fehrbellinerstraße die 20jährige am Weindergweg wohnende Wittwe Spüter plötzlich zusammen. Passanten trugen die Lebende in einen Hausflur, um ihr dort die erste Hilfe angedeihen zu lassen. Die Erkrankte hat wiederholt, sie doch ja ruhig sterben zu lassen, da sie nicht weiter leben wolle. Auf der nächsten Sanitätswache wurden Vergiftungserscheinungen bei der Patientin erkannt und dieselbe dann mittels Krankenwagens nach einem Krankenhaus geschafft. Wie die Sp. eingestanden, hat sie am Morgen eine Quantität Oel um gerührt, um ihrem Leben ein Ende zu bereiten. Die Unglückliche hat ihre beiden Kinder kurz hinter einander in diesem Morgen durch den Tod verloren und war seitdem schwermüthig. Am Morgen begab sich die Frau nach dem Friedhofe, um dort die Gräber ihrer beiden Kinder aus und trank auf dem Nachhausewege das Gift, nachdem sie auf dem Friedhofe an der Ausübung des Selbstmordes, wie sie ursprünglich beabsichtigt hatte, durch den starken Verkehr, der daselbst herrschte, verhindert worden war.

Der Zeigefinger der rechten Hand wurde dem Sohn des Buchbinders von Müller durch das Zuschlagen der Kumpelstange abgequetscht, als letzterer mit seiner Familie am letzten Sonntag den abends 8 Uhr 30 Min. von der Warschauer Brücke nach Lichtenberg fahrenden Zug bestieg. Dem unglücklichen Vater ist sehr daran gelegen, daß sich die Fugen dieses Vorganges mündlich oder schriftlich in seiner Wohnung zu Lichtenberg, Margarethenstr. 10 part., melden.

Ein Kindesmord ist am Sonntag im Friedrichshain entdeckt worden. In einem Seitenwege unweit des Teufelspfades fanden spielende Kinder die Leiche eines neugeborenen Knaben.

Der IX. Beobachtungabend des Vereins von Freunden der Treptower Sternwarte am Mittwoch, den 23. d. M., vertritt besonders interessant zu werden. Voran geht abends 7 Uhr ein Vortrag im Bürgeraal des Rathhauses. Dieser gilt der Feier des 25jährigen Jubiläum der Entdeckung derbenempfindlichen Platten. Nach einer Ansprache des ersten Vorsitzenden, Herrn F. S. Krause, Direktor der Treptower Sternwarte, über die Bedeutung der benempfindlichen Platten für die Astronomie, wird der Redner derselben, Professor Dr. S. W. Vogel, Vorleser des photographischen Laboratoriums der Königl. Sternwarte, über die Entdeckung der benempfindlichen Platten und des photographischen Naturfarbendrucks halten. Nach kurzen, zwanglosen Zusammenfassungen im Rathhauseller vereinigen sich die Mitglieder bei klarem Wetter um 9 Uhr zu einer gemüthlichen Jagd nach der Treptower Sternwarte, um daselbst mit dem großen Fernrohr den Mond und auf der oberen Plattform der Sternwarte die an diesem Abend zu erwartenden Sternschnuppen des aus dem Delta'schen Kometen entstehenden Schwarms zu beobachten.

Theater. Im Schiller-Theater wird die Ausgabe der Abonnementsliste für das 2. Quartal Ende dieser Woche geschlossen. Die Ausgabe der Abonnementsliste, die Hülfs für 6 verschiedene Vorstellungen enthalten, erfolgt in der Billig-Abtheilung des Schiller-Theaters und in der Krause'schen Buchhandlung, Leipzigerstraße. Wolgast's Komödie „Das Lumpengeld“ wird heute wiederholt.

Feuerbericht. Montag Abend 7 Uhr entstand Kochstr. 37 jedenfalls durch Unvorsichtigkeit in der Waschküche ein Dachstuhlbrand, der einen Theil der Dachkonstruktion einschloß und mittels eines Rohres abgelöscht wurde. Am Sonntag ging Rheinsbergerstr. 78 das Pappdach über einer Sägeerei in Flammen auf. Fernstr. 3 wurde durch einen Gießeschloß ein Zimmerbrand vorzüglich veranlaßt, doch konnte letzterer noch im Keime erstickt werden. Ein Schornsteinbrand veranlaßt einen Alarm nach Weidenweg 4. Sonabend Abend war Elsäckerstr. 106 ein Pferd von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren worden. Die herbeigerufene Feuerwehr besetzte das schwer verletzte Thier aus seiner Lage.

Aus den Nachbarorten.

In den Kommunalwahlen in Köpenick. Die Wähler der III. Abtheilung haben außer am gestrigen Montag auch heute, Dienstag, von 3—7 Uhr ihrer Pflicht zu genügen. Ein großer Theil der wahlberechtigten Bürger hat eine amtliche Einladung zur Wahl bis zur Stunde nicht erhalten. Wir ersuchen daher jeden Wahlberechtigten, auch ohne diese Einladung zur Wahl zu erscheinen; wer etwa zurückgelassen werden sollte, wolle sich beim Wahlkomitee unserer Partei im Klein'schen Lokale melden, damit wir nöthigenfalls in der Lage sind, Wahlprotest zu erheben.

Treptow-Dönhofsplatz. Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute Abend in Speer's Restaurant stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Zweckmäßig ist der Anfang der Versammlung im Inferat um 8¹/₂ Uhr angegeben. Die Versammlung wird wegen der jedenfalls eintretenden „Polizeistunde“ aber pünktlich um 7¹/₂ Uhr eröffnet. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vertrauensmann.

Pantow. Der nächste Lesabend des Arbeiter-Vereins findet am Dienstag 1¹/₂ Uhr in Stör's Gesellschaftshaus, Mühlentstr. 24, statt. Am recht zahlreichen Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Tempelhof, Mariendorfer. Die Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins werden ersucht, die heute Abend 8¹/₂ Uhr bei Gerth, Tempelhof, Dorfstr. 18, stattfindende Versammlung recht zahlreich zu besuchen. Dr. Kalkowsky spricht über die Bekämpfung der Lungen-schwindsucht mit Hilfe der geselligen Bestimmung der Invaliditätsversicherung. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Die Stadtverordnetenwahl in Charlottenburg, welche dort gestern in der III. Abtheilung des 8. Wahlbezirks stattfand, fand nur eine geringe Theilnahme. Von 8894 eingeschriebenen Wählern gaben nach dem vorläufigen Wahlergebniß nur 745 ihre Stimme ab. Auf den Kandidaten der Liberalen, den Kaufmann Otto Eisemann, entfielen 589 Stimmen, auf den Kandidaten der Sozialdemokratie, unsern Parteigenossen Paul Hirsch, 208 Stimmen. Eisemann ist somit gewählt.

Aus Niddorf. Zwischen unserer Gemeindeverwaltung und dem Kreise Teltow ist nunmehr der Vertrag wegen Aufweidens Niddorfs aus dem Kreise am 1. April 1899 formell abgeschlossen worden. Die Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen der zukünftigen Stadt sollen bereits im nächsten Monat aufgestellt werden und die Wahlen selbst sollen im Januar 1900 stattfinden. Die Wahlen erfolgen, wie bei den bisherigen Gemeindewahlen, in drei Abtheilungen, und zwar hat jede Abtheilung 16 Stadtverordnete zu wählen. Unsere Genossen werden gut thun, bei Zeiten sich auf die Wahlen vorzubereiten. — Die Entwässerungsleitung zwischen den Grundstücken auf dem ehemaligen militärischen Terrain an der Hofenhalde und der Niddorfer Kumpstation ist nunmehr in allen Theilen fertiggestellt worden. Von den auf der Südseite der Hofenhalde neu erbauten 28 Wohnhäusern sind 27 bereits an diese Leitung angeschlossen worden. Nunmehr wäre es aber auch an der Zeit, die unhaltbaren Zustände auf dem Bürgersteig vor dem Turnplatz endlich zu regeln indem der Fiskus das für Verbreiterung des Bürgersteigs notwendige Terrain abtritt.

Der Selbstmordversuch zweier Schwestern verurteilte am Sonntag in Stralau Kuffchen. Passanten bemerkten auf dem Wasser ein kleines Boot, in welchem zwei junge Mädchen saßen. Diese erhoben sich plötzlich von ihren Sitzen und sprangen, einander an der Hand haltend, in die eissigen Nuthen. Der Vorfall ereignete sich zwei Meter vom Lande entfernt; einem der Zuschauer gelang es, das Boot mit einer langen Stange zu erfassen und ans Ufer zu ziehen. Schnell sprangen drei Männer in das Fahrzeug und es gelang ihnen vereinten Bemühungen, die beiden bereits untergegangenen Mädchen zu retten. Die Schwestern gaben an, durch unglückliche Liebe zu ihrer That getrieben worden zu sein.

Gerichts-Beilage.

Die elende Lage der Gefangenen in der Gefangenenanstalt Plöhensee wurde wiederum in einer Verhandlung beleuchtet, welche gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts II unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Meerschmied stattfand. Aus der Untersuchungsakten wurde der ehemalige Gefangenenaufsicht Otto Hermann vorgeführt, welcher beschuldigt war, seit dem Jahre 1895 mit Gefangenen Durchstiche betrieben zu haben. Auf den Rath seines Verteidigers, R. A. Bronner, legte der Angeklagte ein offenes Geständniß ab. Er sei im Jahre 1892 verurtheilt worden. Bis zum Jahre 1895 habe er sich — abgesehen von einer Disziplinarstrafe von 30 M. — nichts zu schulden kommen lassen. Er hatte damals in dienstwilliger Weise mehrere Gefangene in einer Zelle untergebracht und die letzteren hatten sich die Zeit durch Kartenspielen vertrieben. Erst im Jahre 1895 seien mehrere Gefangene mit der Bitte an ihn herangetreten, er möge für sie Besorgungen von Geld, Krieken, Nahrungsmitteln, Schnupftabak und anderen unerlaubten Dingen übernehmen. Anfangs habe er sich geweigert, aber schließlich habe er sich dazu bereit finden lassen. Das Gehalt — 900 M. nebst freier Wohnung — habe nur nothdürftig ausgereicht, um ihn und seine Familie zu ernähren und da sei er denn der Versuchung unterlegen. Auf die Frage des Präsidenten, wieso denn die Gefangenen gerade den Muth gefunden hätten, sich an ihn zu wenden, erwiderte der Angeklagte: „Herr Präsident, es war in Plöhensee allgemein bekannt, daß die Beamten den Gefangenen Durchstiche betrieben und da haben sie sich auch an mich gewandt.“ Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß dies der dritte Fall sei, der zur Verhandlung gelangt, zwei andere Fälle befänden sich noch im Zustande der Voruntersuchung, und ob es damit zu Ende sei, wäre noch sehr fraglich. In den Akten befände sich eine Notiz aus dem Munde eines Mannes, der es wohl wissen könnte. Es heiße darin: „In Plöhensee ist immer geschoben worden und wird auch weiter geschoben werden.“ Der Staatsanwalt richtete an den Angeklagten die Frage, ob er mit anderen Dienstcollegen unter einer Decke gesteckt habe. Der Angeklagte verneinte dies. Er erzählte dann, daß er einmal einem aus Wien stammenden Gefangenen einen Brief von dessen Frau eingeschmuggelt habe. In dem Brief seien zehn Gulden gewesen, er habe das Geld gewechselt und dem Gefangenen bis auf vier Mark, die er für seine Vermählung zurückbehalten habe, angedehnt. Für andere Gefangenen habe er Padete mit Wurst und anderen Nahrungsmitteln eingeschmuggelt und zumest einen Theil des Inhalts für sich behalten. Bei dem unumwundenen Geständnisse des Angeklagten erübrigte jede Beweisaufnahme.

Der Staatsanwalt bezichtigte es als betrübend, daß unter den Gefangenen in Plöhensee so viele grobe Dienstverletzungen vorgekommen seien, dergleichen unläutere Elemente mühten ausgeübt werden. Der Angeklagte geßore, ebenso wie sein bereits früher abgeurtheilter Dienstcollege Korth, ins Zuchthaus. Er beantragte gegen ihn zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen. Der Verteidiger suchte dem Angeklagten mit Rücksicht auf sein offenes Geständniß und darauf, daß er ja nicht mit Anerbieten an die Gefangenen herangetreten, sondern von ihnen verführt worden sei, mildernde Umstände zu erwirken und der Gerichtshof folgte in dieser Beziehung seinem Antrage.

Das Urtheil lautete auf 2 Jahre 6 Monate Gefängniß. Auch wurde dem Angeklagten die Befähigung zur Bekleidung eines Amtes auf die Dauer von fünf Jahren abgeprochen.

In dem Radtke'schen Brandstiftungsprozeß wurde die Verhandlung gestern wieder aufgenommen. Frau Radtke erschien gesundheitlich wieder so gekräftigt, daß sie an der Verhandlung wieder Theil nehmen konnte, doch ist sie völlig apatisch und die Antworten, die sie mit leiser Stimme auf die Fragen des Vorsitzenden giebt, lauten fast immer dahin: „Das weiß ich nicht.“ Die Beweisaufnahme ist sehr umfangreich, aber auch sehr einseitig, da es sich in jedem einzelnen Falle um die Bekundungen der persönlichen Wahrnehmungen und Eindrücke handelt, die die Feuerwehrlente und andere Personen, die als die ersten an der Brandstelle waren, gemacht und gewonnen haben und um die Feststellung, wie und wo jeder einzelne der fünf Brände ausgebrochen ist. Eine ganze Anzahl von Zeugen bekundeten, daß das Verhalten der beiden Eheleute vor und nach den Bränden ein in mehrfacher Beziehung verdächtiges gewesen sei. Radtke versichert aber allen diesen Zeugenansagen gegenüber immer wieder seine Unschuld und behauptete, daß alles, was ihm als verdächtig untergeschoben werde, bei näherem Zusehen ganz natürlich sei. Der Vorsitzende beabsichtigte, falls es der Gesundheitszustand der Frau Radtke erlaube, die Verhandlung gestern zu Ende zu bringen. Da dieses Ende vor später Nachtstunde nicht zu erwarten ist, werden wir das Urtheil morgen mittheilen.

Versammlungen.

Die Stadtkasse nahmen in ihrer Mitgliederversammlung am 14. d. M. die Abrechnung vom letzten Quartal entgegen. R. A. H. b. a. h. erstattete folgenden Bericht: Die Gesamteinnahme betrug 920,60 M. Die 65 Pct. der Einnahme für die Hauptkasse betragen abzüglich einer Ausgabe von 11,25 M. 625,25 M. Der Bestand der Kasse vom vorigen Quartal belief sich auf 102,20 M. und erreichten die Einnahmen der Lokalkasse die Summe von 386,10 M., die Ausgaben 275,73 M. Hieraus wurde zum Verbandstage folgender Antrag eingebracht: Wenn der Verbandstag gewillt ist, ein eigenes

Organ zu gründen, so ist Berlin der Ansicht, dieses nach Möglichkeit zu unterstützen. Dasselbe wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Ebenso sind die Anträge von Leipzig wegen der Beitragsbefreiung und von Hamburg betreffend das Kantogeld der Hilfskassen zu unterstützen. Die Versammlung bewilligte den freiliebenden Glasarbeitern in Hildburghausen 50 M.

Köpenick. Am 18. d. M. fand hier im großen Saale des Herrn Klein eine äußerst gut besuchte Versammlung statt, in welcher Paul Singer einen mit reger Aufmerksamkeit von den Versammelten aufgenommenen Vortrag über die Notwendigkeit der Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen hielt. Referent führte an, daß gerade die Arbeiterklasse an der Erringung von Stadtverordnetenmandaten ein sehr großes Interesse habe, da die Arbeiter, wenn sie sich nicht an solchen Wahlen beteiligen, benachteiligt würden. Die politische Organisation der Arbeiterklasse sei die sozialdemokratische Partei, die einzige Partei, welche die Befreiung der großen Masse des arbeitenden Volkes von dem Doppelschloß der politischen Unterdrückung und der wirtschaftlichen Ennützung erstrebe. Das was uns heute auf dem Wege der Sozialreform, der Schulfrage, dem Steuerwesen u. s. w. unseren Forderungen an die heutige Gesellschaft entsprechend geboten wird, müssen wir als eine Begehrung auf unserm Weg, den die Arbeiterklasse zur Befreiung ihrer selbst geht, betrachten. Die Grundlage für die Erzielung einer vernünftigen Kommunalverwaltung wäre nun freilich die Durchführung des allgemeinen Wahlrechts für die Kommunalwahlen; aber gerade hierbei seien sich alle anderen politischen Parteien einig in dem Bestreben, das zu hintertreiben. Selbst wo die Landesgesetzgebung die Einführung für städtische oder Gemeindevahlen zulasse, selbst da seien es immer „freiliebige“ Stadtverordnete gewesen, die sich mit aller Macht dagegen sträubten oder die gar ihre Macht dazu benutzten, um das bestehende Wahlrecht zu verschlechtern, damit das arbeitende Volk aus den Kommunalverwaltungen ferngehalten werde. Der Referent geht nun zu einer Besprechung der Schuldverhältnisse über, er kritisiert besonders das Bestreben der Regierungen, die den Gemeinden in der Erteilung des Unterrichts Vorschriften über die Art desselben machten, die Haftung religiöser Lehrstoffe, die Bevorzugung der Kinder der Reichenden u. s. w. Referent verlangt demgegenüber die Einheitschule, die von der Sozialdemokratie erstrebt

wird, und als ein notwendiges Korrelat dazu die unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln, deren Empfang heute noch als eine Armenunterstützung betrachtet werde, aus welcher dann die politische Rechtfertigung des Arbeiters die Folge sei. Auch die schulärztliche Aufsicht sowie die Verabreichung von Heilsmitteln an hungernde Schulkinder sei eine Notwendigkeit und seien mit der Einführung dieser Dinge an vielen Orten gute Erfolge in bezug auf den Gesundheitszustand und das Interesse der Kinder am Unterricht erzielt worden. Ferner verlangt der Redner, daß die Sozialdemokratie durch Ortschaften ein Verbot der gewerblichen Arbeit der schulpflichtigen Kinder herbeiführe. Die Sozialdemokratie bewirkt alle indirekten Steuern, weil diese ungerade sind. Auch die Gewerbesteuer sei eine ungerechte Steuer, denn sie befeuert den Versuch zum Proterwerb. Auch als erste Tätigkeit der Stadtverordneten nach der Wahl gleichsam als erstes Geschenk, sollten diese den Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichtes stellen. (Beifall.) Wenn nun die Parteigenossen in Köpenick ihre Kandidaten bei der Wahl durchbringen, so dürfe man doch nicht annehmen, daß dadurch alle von ihnen gestellten Anträge angenommen werden würde; das würden selten der Fall sein; aber die Anwesenheit solcher „Rechte im Karpyentisch“ habe oft schon Schädigungen der Einwohner und Steuerzahler vermieden. Mit einem lebhaften Appell an die Wähler, daß jeder an dem Tage der Wahl seine Schuldigkeit thun möge, schloß der Referent unter reichem Beifall der Versammelten.

An der Diskussion, zu welcher auch die anwesenden Gegner aufgefordert wurden, beteiligten sich nur wenige Genossen und einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in welcher sich die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und sich verpflichteten, alle ihre Kräfte zur Stadtverordnetenwahl einzusetzen, um den Kandidaten der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Nach einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen, die Wahl betreffend, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Deutscher Zensefelder-Bund. Mitgliederversammlung Berlin. Heute Abend 8 Uhr im Restaurant Riegel, Stralauerstr. 57: Mitglieder-Versammlung und Vorstandswahl.

Verein selbständiger Feuerspucker. Heute: Sitzung Alte Jakobstraße 54/55 bei Meywald.

Deutscher Zensefelder-Bund. Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr, Hermannstr. 199 bei Kramer.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Nachnamen oder eine Postanschrift) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll und die leicht abgenommen werden kann. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abgehalten.

Wagner. Ihre Mitteilung ist und nicht recht verständlich. Bitte nicht kommen Sie gelegentlich zu uns.

L. Tredeuerer. 26. Wir haben wiederholt Auskunft im Briefkasten dahin ertheilt, daß derartige Vereine im redaktionellen Teil unseres Blattes nicht berücksichtigt werden können.

W. P. L. Uns nicht bekannt.

Nicola. Wiederholte Einsendung ist in diesem Falle nicht möglich, da ein händiges Signaturblatt angegeben ist. Veröffentlichung erfolgt regelmäßig monatlich einmal.

J. R. Alles unter 1-5 Gewünschte erfahren Sie im Feuerbestattungsverein, Breitenstr. 6.

Giesbach, Köln. Der Bescheid ist in Nr. 261 des „Vorwärts“ erwähnt.

Witterungsübersicht vom 21. November 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometerniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Swinemünde	766	SW	3	Wolllig	3	Paparanda	748	S	1	Regen	1
Danzburg	766	SW	3	1/2 h. bed.	1	Petersburg	760	N	1	—	—
Berlin	768	SW	3	1/2 h. bed.	1	Kort	760	N	1	Wolllig	6
Wiesbaden	768	O	1	1/2 h. bed.	1	Alberden	768	W	1	Regen	6
München	767	O	1	2 h. bed.	1	Paris	766	SO	1	1/2 h. bed.	6
Wien	771	SO	1	1/2 h. bed.	1						

Wetterprognose für Dienstag, den 22. November 1898.
Sonnig wärmer, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden, nachher etwas kühler.
Berliner Wetterbureau.

Heute und Morgen

Tapissierewaaren.

- Vorgez. Paradehandtücher 38 Pf.
- „ Nachttaschen 15 Pf.
- „ Kragenkasten 5 Pf.
- gestickte „ 28 Pf.
- „ Cravattenkasten 75 Pf.
- Löffelkorb mit Einlage 12 Pf.

Pelzwaaren.

- weiss Thibet-Garnitur:**
Muff, Kragen und Barret, ganz auf Atlas gearbeitet. 3 M. 35 Pf.
- Kanin-Muff 1 M. 75 Pf.
 - Murmelmuff auf Atlas 3 „ 50 „
 - Opposum-Muff 2 „ 75 „
 - Collier mit Kopf 1 „ 35 „
 - schwarz Barret 2 „ 50 „

Leinen.

- Circa 1000 rein Leinen Tisch-Gedecke für 6 Personen à 5 M. — Pf.
„ für 12 „ à 9 „ 50 „
- Einzelne Stuben- und Küchen-Handtücher Stück 30 Pf.
- Leinen nach Gewicht à Pfund 1 M. 35 Pf.
bestehend in Handtüchern, Tischlächern, Servietten etc.

Magazin A. Lubasch, Kommandantenstr. 44/44a.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 22. November.
Opernhaus. Don Quixote. Anfang 7^{1/2} Uhr.
Schauspielhaus. Nr. 17. Anfang 7^{1/2} Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7^{1/2} Uhr.
Berliner. Die Großstadtluft. Anfang 7^{1/2} Uhr.
Festung. Der Star. Anfang 7^{1/2} Uhr.
Reichshallen. Rameleu Tourbillon. Vorher: Der Küchenjunge. Anfang 7^{1/2} Uhr.
Weiden. Der Freischütz. Anfang 7^{1/2} Uhr.
Neues. Polka. Anfang 7^{1/2} Uhr.
Schiller. Das Lumpengefindel. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die Blumen-Mary. Hierauf: Die Sünden der Frauen. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Weibh. Anf. 7^{1/2} Uhr.
Thalia. Der Hypotheken-Schäfer. Anfang 7^{1/2} Uhr.
Felsen. Die Schuld der Schuldlosen. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Onkel Jonas. Anfang 8 Uhr.
Velle-Alliance. Napoleon. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Freytag-Wohlspiel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Auch ein Fall Ornamental. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Abwechslungsreiche „Die Urzeit des Menschen“ und „Quer durch Oesterreich.“
Invalidenstr. 57/58. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollon. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7^{1/2} Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Wohlfahrt-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz. Morgen und folgende Tage:
Die Blumen-Mary
Operette in 3 Akten von Landoberg u. Stein. Musik von Karl Weinberger. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz. Hierauf:
Die Sünden der Frauen.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag 8 Uhr:
Das Lumpengefindel.
Mittwoch 8 Uhr:
Hafemann's Töchter.
Donnerstag 8 Uhr:
Bartel Curaser.

Luisen-Theater
34. Reichensbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Extra-Vorstellung zum Besten der Weihnachtsgeldbesorgung armer schulpflichtiger Kinder. Veranstaltung vom Verein der Schulfreunde der 29. bis 32. Schul-Kommision.
Die Schuld der Schuldlosen.
Schauspiel in 5 Akten von Wd. Stoffe. Mittwoch:
Berliner Kafeten.
Freitag, den 25. November:
Benezz für Anna Müller.
Die Regimentstochter.
Jeden Sonntagabend Nachm. 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen.

Reichshallen.
Stettiner Sänger
(Mensel, Dietz, Britton, Treidl, Arone, Röhl, Schneider und Schrader.)
Wiederauftr. von Britton.
Großartiges Programm. Tagesklasse von 11-1 Uhr.
Reichshallen-Restaurant.
Grosses Konzert d. Reichshallen-Orchesters. Entree frei.

Ostend-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 8. Male:
Onkel Jonas.
Vollständ. mit Gesang in 5 Akten von Oscar Klein. Musik von Wd. Wieder. Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr an Freikonzert. — Mittwoch und folgende Tage: Onkel Jonas. — Mittwoch Nachm. Kinder-Vorstellung: Robert und Bertram.

Thalia-Theater.
Tredeuererstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Der Hypothekenschäfer
Pöste mit Gesang in drei Akten von Leopold Ein. Musik von Cornelius Schäfer. Anfang 7^{1/2} Uhr.
Morgen: Dasselbe Vorstellung.

Central-Theater
Direktion: José Foronzy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theater-Geschichte.
Operette in 3 Akten v. Ebdnen Jones. Morgen und die folgenden Tage:
Die Geisha.
Sonntag, 27. Novbr., nachm. 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen:
Der arme Jonathan.
Operette in 3 Akten von G. Wladder.

CIRCUS BUSCH
Dienstag, den 22. November, abends 7^{1/2} Uhr:
High life-Abend.
PERSIEN.
Gr. Manege-Schauspiel in 5 Akten, inszenirt vom Dir. Paul Busch. Besonders hervorzuheben: Der Sturz des persischen Prinzen mit dem Pferde von hoher Feilschöhe ins Wasser. Außerdem: Austritten des Herrn Franz Gebhardt, Ritter u. bishöflicher Chef der L. L. spanischen Hof-Reitkule in Wien. Die neuen Freizeitsportarten des Direktors Busch. Austritten aller neuangeworbenen Reitanfängerinnen und -kämpfer mit den besten Nummern ihres Repertoires. Morgen Mittwoch: Persien.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Abwechslungsreiche
Die Urzeit des Menschen
und
Quer durch Oesterreich.
Invalidenstr. 57/58:
Tägl. Sternwarte.
Taubenstr. im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge

Kunst-Schaubühne
i. d. Urania, Invalidenstr. 57.
Mittwoch, 23. Novbr., 8 Uhr:
Moderne Karikaturen
mit farbigen Lichtbildern.

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!! Lebendig begraben!!

Alcazar-Theater
Dresdenstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Wintler.
Täglich:
Sammelfrische.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten von Jacobsohn und Wilten. Musik von Michaelis. In Szene gesetzt von Otto Wendt.
Dazu das ausgewählte **Spezialitäten-Programm.**
Neu! Neu! Neu!
Le cardo and Trepp.
Musik-Operette-Comedians.
Anfang: Sonntag 7^{1/2} Uhr. Montag 6^{1/2} Uhr. Dienstag 5^{1/2} Uhr. Mittwoch 4^{1/2} Uhr. Donnerstag 4^{1/2} Uhr. Freitag 4^{1/2} Uhr. Samstag 4^{1/2} Uhr. Sonntag 4^{1/2} Uhr. Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Olympia-Theater.
(Circus Renz) Karlstr. 55. Heute zum 55. Male: Anfang 8 Uhr. Berliner Ausstattungsspiel mit Coupletts.
MENE TEKEL
Aufsagen und Kolossal-Galaktis in 3 Akten (10 Bildern).

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hillt.
Täglich: Grosses Konzert der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Gömer und Extra
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebtesten Humoristen Gustav Kluck.
Das neue großartige November-Programm.
Anf. Wochen 9^{1/2} Uhr, Sonnt. 5 Uhr. Entree Wochen 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Mähr's Theater
Cranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
A mor!
Bursche mit Gesang und Tanz.
Brothers Alexander. Ouba Lucas. Grete Ostani etc.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Hans haben Wochentags Gültigkeit.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdenstr. 97.
Dir.: A. Kolb. Art. Leiter: A. Rung.
Robit! Sensation! Robit! Sensation! Erfolg!
Die Circusse.
Operette von Jessl. Musik von Raffelt. In Szene gesetzt von August Runge.
Neu! Neu!
Charles Wolff, Eugen Rosée, der berühmte der beste Tanzhumorist aller Wintler.

Apollo-Theater.
Armand'Ary
Dagmar Hansen, Stan-Basalary Familie Agousti **Robert Steidl**
und
16 hervorrag. Spezialitäten.
Kasseneröffnung 6^{1/2} Uhr. Anfang der Vorstellung 7^{1/2} Uhr.

Passage-Panopticum.
Von 6 Uhr
Theatre varié
bis 10 Uhr.
Nur noch kurze Zeit:
Der Storch-mensch
und das reichhaltige November-Programm.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22. Großer Erfolg! Großer Beifall! Athletik Professor Thosson.
Carl Jürgensen.
der beste mimische Darsteller. Sensation! **Bismarck** vom Jüngling bis Friedrichruh. Toska's lebend. Bilder-Gallerie. Circus Pischel u. s. w.
Nur noch kurze Zeit die erfolgreiche Gesangsgruppe
Hoisen vom Norden.
Anfang 7^{1/2} Uhr, Sonntag 6 Uhr. Vorverkauf Form v. 11-1 Uhr.

Kinderwagen-Bazar
Max Brinner.
Jerusalemstr. 12. Brunnenstr. 6. Großartige Auswähl an Kinder-, Sports- u. Puppenwagen, best. Fabrikat, billig. — Eintritte gratis und franko. — Theilnahme gesichert.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokal des Herrn Bickel, Hasenheide Nr. 52-53:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Die Taktik der Partei. Referent Genosse Richard Fischer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Gäste haben Zutritt. 230/1
 Bei reichem Besuch erwartet.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr,
 im Saale der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Die verflochtenen Landtagswahlen und was haben wir für Lehren daraus zu ziehen? Referent Genosse Wihl. Liebknecht. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Vorstand beschloffen hat, Billets zur Sternwarte in Treptow auszugeben und sich dieselben bei den Abteilungsleitern resp. Bezirksleitern zu haben. — Der erste Diskussionsabend findet am Mittwoch, den 30. November, bei Trapp im Weddingpark statt.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands (Verwaltungsstelle Berlin).
 Am Dienstag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant des Herrn Spielberg, Köpenickerstraße Nr. 62:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftliches. 2. Vortrag über: Der Werth der Urabstimmung in den Gewerkschaften. Referent Herr P. Jahn. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Billets zur „Urania“ zum Vortrag am 27. November über: Die Urzeit des Menschen“ sind noch bei den Kollegen Trautvetter, Kraußstraße 28, und O. Meyer, Engelstraße 2b zum Preise von 60 Pfennig zu haben.
 Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin).
 Dienstag, den 22. November, abends 8 Uhr,
 im Moabiters Klubhaus, Beusselstraße Nr. 9:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil über: Unsere Bewegung einst und jetzt. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr:
 im Lokal von Obst, Schöneberg, Grunewaldstr. 110:
Versammlung
 für den Westen, Tempelhofer und Schöneberg.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Scheffler über: Was nützt uns eine Organisation? 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Zimmerer Deutschlands (Zahlstelle Friedrichsberg und Umgegend).
 Am Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr, bei Ludwig Panten, Frankfurter Allee 173:
Große öffentl. Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Werth der gewerkschaftlichen Organisation. Referent Kamerad Kube-Charlottenburg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Das Erscheinen sämtlicher Zimmerer ist notwendig.
 Der Vorstand.

Freie Volksbühne.
 Morgen, Mittwoch, abends präzise 8 Uhr, in Keller's Festsälen:
2. Projektionsvortrag.
 Dr. Meyer: Um die Erde von Pol zu Pol
 mit 200 Lichtbildern.
 Entree, auch für Nichtmitglieder, 25 Pfennig.
 Billets sind nur zu haben bei: Boyer, Veteranenstr. 13; Charist, Ackerstraße 154; Niemeyer, Weberstraße 19; Kothke, Kopenstrasse 90; Gottfr. Schulz, Admiralsstrasse 40a; Zubeil, Lindenstrasse 106; Böttger, Marheinecke-Platz 11, und an der Kasse bei Keller, soweit Raum vorhanden. 231/4
 I. Abtheilung am Sonntag im Lessing-Theater: „Nora“.
 II. Abtheilung am Sonntag im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater: „Liebele und Lumpenbagasch.“
 Vorläufige Meldungen zur VI. Abtheilung werden in allen Zahlstellen angenommen. (Siehe auch unter Lokales).
 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.)
Dienstag und Mittwoch: Projektionsvorträge.
 Die Kollegen, sowie deren Frauen sind hierzu freundlichst eingeladen.
Für den Osten:
 Dienstag, den 22. November, abends 8 Uhr, in Louis Keller's Festsälen, Kopenstrasse Nr. 29.
 Vortrag über: China, Land und Leute (mit 80 Lichtbildern).
Für Südosten, Süden und Westen:
 Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Bickel, Hasenheide 52-53.
 Vortrag über: „Tiefseeforschung“. Das Leben im Meere (mit 70 Lichtbildern).
 Die Vorträge werden von Herrn H. Laube vom Institut „Cosmos“ in Leipzig gehalten. — Entree 10 Pf.
 Nach dem Vortrag bei Bickel, Hasenheide: Gemüthliches Beisammeln. Die Ortsverwaltung.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Vorträt sozialistischer Führer, 6 Kasse, März u. in Cigarrenstücken, Pfeifen, Kadein, Broden, Andosen, Wästen, Hüten u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man betr. Preisverantw.)
Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen in 1 M. Plomben 1,50 M. Thallzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9-6. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22.
Möbel und Polsterwaaren. Großes Lager. Bediener Arbeit, außerst billige Preise, empfiehlt Reichendergasse 5. Auch Theilzahlung!

Maurer Berlins und Umgegend.
 Mittwoch, den 23. d. M., abends 8 Uhr, finden
4 öffentliche Versammlungen
 in folgenden Lokalen statt:
 1. Süd-Ost, Süden u. Westen: Admiralstr. 18c bei Möhring.
 2. Moabit, Wedding u. Charlottenburg: Beusselstr. 9 bei Fischer.
 3. Norden, Pankow u. Weissensee: Schwedterstr. 23/24 bei Wernau.
 4. Osten, Friedrichsberg, Lichtenberg, Friedrichsfelde u. Rummelsburg: in der Germania-Brauerei, Frankfurter Allee 53.
 Tages-Ordnung:
 1. Beschlußfassung über die Aufhebung der Beiträge zum Streifonds 1808, sowie über die für 1899 herauszugehende Sammelkarte. 2. Gewerkschaftliches.
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.
 Die Lohnkommission. J. A.: G. Meute. 264/8

Großer Vortrag für Damen und Herren im „Neuen Naturheilverein“ im Kölliner Hof, Berlin N., Rösliherstraße 8, Mittwoch, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr. Herr Walther Rose-Berlin spricht über

Hypnotismus.
 Entree 15 Pf. 222/6
 Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Der Vorstand.
Central-Festsäle, Alte Jakobstrasse 32. (neben Central-Theater). 11
 Empfehle meine Säle, 100-800 Personen fassend (mit Bühne), zu Festlichkeiten, öffentlichen wie Vereinsversammlungen, Konzerten etc. zu den billigsten Bedingungen. [277] Franz Müller.

Oranien-Hallen
 Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
 Inhaber: Hermann Scholze 6322/9
 empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
 Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Fraget bei Euren Droguisten nach „Karola“
 Lieblingseife, die den Teint ingondfrisch und schön erhält.

Sophatoffe
 und **Reffe**
 in Nips, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Blüch (Markthallen) Preise bei geschmackvoller Ausführung.
Emil Lefèvre, Cranienstr. 158.
 Stempel-Fabrik von Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten Stempel in besserer Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekto“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

Gustav Ehrlich
 Buchdrucker, Berlin SW., Zimmerstraße 18, Hof parterre.
 liefert sämtliche Druckfachen für Vereine, schnell u. preiswerth. Heftschreiben, Broschüren und Flugblätter äußerst billig. 36/5
Dr. med. Schaper, prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Zahn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8. Friedrichstraße 114. I.

Gänsefedern 60 Pf.
 fr. 90. (Größere zum Reiben).
 Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50, halber Feder M. 2.00, bessere Daunen M. 2.50, 3.00, beste (amerikan.) M. 3.50, russische Daunen M. 3.50, weiße böhm. Daunen M. 5.00, grüne Federn M. 1.50, 2.00, 3.50. Prima gefüllte M. 3.00, 2.50. Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S., Erste Bettfedernfabrik m. elect. Maschine. Viele Anerkennungsdiplome.

Wohlfahrt, (Rein Baden.) 26/27, Wallnertheaterstr.
Möbel J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.

Gad-Heizöfen. Neues Sparsystem. 9 M. Waschtische 6, Dreifach 14, Waschratzen 10 M., Was-Pfannen billig 230/15
Wohlfahrt, (Rein Baden.) 26/27, Wallnertheaterstr.
Möbel J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.

Wohlfahrt, (Rein Baden.) 26/27, Wallnertheaterstr.
Möbel J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.

Direct von Aachen!!
 weltberühmt durch prämierte erstklassige Tuche, liefern wir zu bekannt bill. Preisen vom einfachsten bis elegantesten.
Herren-Anzug- und Paleotstoffe Tausende Anerkennungsdiplome!
 Große Musterauswahl franco an Jedermann. Keine Kaufverpflichtung.
Monopol-Cheviot zum soliden, gediegenen Anzug, für Mk. 12.
 Garantie für reine Wolle und echte Farbe. Die durch unsere Bücher bewiesene Zahl von 30 000 Kunden bestätigen unsere hervorragende Leistungsfähigkeit.
Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen No. 78.

W. Noack's Theater
 Brunnenstr. 16.
 Heute Dienstag, den 22. November:
Einem Jux will er sich machen
 Pöffe in Gesang in 4 Akten v. Kestrov
 Nach der Vorstellung:
Laufmäntchen.
 Morgen Mittwoch:
Wegen Privatstillehkeit keine Vorstellung.

Concerthaus.
 Leipzigerstr. No. 48.
 Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
 Zum Schluss Jacques Offenbach's Operette **Jufel Tulipatan.**
 Die Handlung spielt 3000 Meilen von Blankensee, 180 Jahre vor Gründung der Republik und mit Dampfmaschine.
 Vereins-Billets für Hochzeiten mit erheblicher Preisermäßigung liegen den geschätzten Vereins-Vorständen kostenlos zur Verfügung.

Wedding-Park
 Müller-Strasse 178.
 Jeden Dienstag:
Seden Dichtung.

Norddeutsche Sänger
 Regler, Wolf, Hohenberg etc.
 Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.
Achtung! 165/2
Vereine.
 Die Sonntage der Winter-Saison sind an Vereine zu vergeben. Preis Regel.
„Feldschützen“. Müllerstr. 142

2 Riesen-Kegelbahnen,
 3 Vereinszimmer empf. Restaurant Pieper, Kreuzbergstr. 43. 124/2
Achtung, Gesangsvereine!
 Kleine Gesangsvereine, die gewillt sind, einen größeren zu bilden, werden erlitten, am Donnerstag, 24. Nov. 1898 bei Zanghe, Lindowstr. 26, abends 8 Uhr, zu erscheinen. 227/6
 Die Beileidigung gegen Frau Adelheid Brandes nehme ich hiermit an und erkläre dieselbe für eine eheliche Frau. A. Brandes.

Kleinsteuer's berühmte Pat.-Abklopfmaschinen!
 Ohne Auswechslung von Patronen, Hülsen oder Zapfenmischen!
 Rein abschmiedendes Ansehen! Nichtinfectes Rauschen! Pfeife wie Abklopfung 2/3, 3/4, 4/5, 5/6, 6/7, 7/8, 8/9, 9/10, 10/11, 11/12, 12/13, 13/14, 14/15, 15/16, 16/17, 17/18, 18/19, 19/20, 20/21, 21/22, 22/23, 23/24, 24/25, 25/26, 26/27, 27/28, 28/29, 29/30, 30/31, 31/32, 32/33, 33/34, 34/35, 35/36, 36/37, 37/38, 38/39, 39/40, 40/41, 41/42, 42/43, 43/44, 44/45, 45/46, 46/47, 47/48, 48/49, 49/50, 50/51, 51/52, 52/53, 53/54, 54/55, 55/56, 56/57, 57/58, 58/59, 59/60, 60/61, 61/62, 62/63, 63/64, 64/65, 65/66, 66/67, 67/68, 68/69, 69/70, 70/71, 71/72, 72/73, 73/74, 74/75, 75/76, 76/77, 77/78, 78/79, 79/80, 80/81, 81/82, 82/83, 83/84, 84/85, 85/86, 86/87, 87/88, 88/89, 89/90, 90/91, 91/92, 92/93, 93/94, 94/95, 95/96, 96/97, 97/98, 98/99, 99/100, 100/101, 101/102, 102/103, 103/104, 104/105, 105/106, 106/107, 107/108, 108/109, 109/110, 110/111, 111/112, 112/113, 113/114, 114/115, 115/116, 116/117, 117/118, 118/119, 119/120, 120/121, 121/122, 122/123, 123/124, 124/125, 125/126, 126/127, 127/128, 128/129, 129/130, 130/131, 131/132, 132/133, 133/134, 134/135, 135/136, 136/137, 137/138, 138/139, 139/140, 140/141, 141/142, 142/143, 143/144, 144/145, 145/146, 146/147, 147/148, 148/149, 149/150, 150/151, 151/152, 152/153, 153/154, 154/155, 155/156, 156/157, 157/158, 158/159, 159/160, 160/161, 161/162, 162/163, 163/164, 164/165, 165/166, 166/167, 167/168, 168/169, 169/170, 170/171, 171/172, 172/173, 173/174, 174/175, 175/176, 176/177, 177/178, 178/179, 179/180, 180/181, 181/182, 182/183, 183/184, 184/185, 185/186, 186/187, 187/188, 188/189, 189/190, 190/191, 191/192, 192/193, 193/194, 194/195, 195/196, 196/197, 197/198, 198/199, 199/200, 200/201, 201/202, 202/203, 203/204, 204/205, 205/206, 206/207, 207/208, 208/209, 209/210, 210/211, 211/212, 212/213, 213/214, 214/215, 215/216, 216/217, 217/218, 218/219, 219/220, 220/221, 221/222, 222/223, 223/224, 224/225, 225/226, 226/227, 227/228, 228/229, 229/230, 230/231, 231/232, 232/233, 233/234, 234/235, 235/236, 236/237, 237/238, 238/239, 239/240, 240/241, 241/242, 242/243, 243/244, 244/245, 245/246, 246/247, 247/248, 248/249, 249/250, 250/251, 251/252, 252/253, 253/254, 254/255, 255/256, 256/257, 257/258, 258/259, 259/260, 260/261, 261/262, 262/263, 263/264, 264/265, 265/266, 266/267, 267/268, 268/269, 269/270, 270/271, 271/272, 272/273, 273/274, 274/275, 275/276, 276/277, 277/278, 278/279, 279/280, 280/281, 281/282, 282/283, 283/284, 284/285, 285/286, 286/287, 287/288, 288/289, 289/290, 290/291, 291/292, 292/293, 293/294, 294/295, 295/296, 296/297, 297/298, 298/299, 299/300, 300/301, 301/302, 302/303, 303/304, 304/305, 305/306, 306/307, 307/308, 308/309, 309/310, 310/311, 311/312, 312/313, 313/314, 314/315, 315/316, 316/317, 317/318, 318/319, 319/320, 320/321, 321/322, 322/323, 323/324, 324/325, 325/326, 326/327, 327/328, 328/329, 329/330, 330/331, 331/332, 332/333, 333/334, 334/335, 335/336, 336/337, 337/338, 338/339, 339/340, 340/341, 341/342, 342/343, 343/344, 344/345, 345/346, 346/347, 347/348, 348/349, 349/350, 350/351, 351/352, 352/353, 353/354, 354/355, 355/356, 356/357, 357/358, 358/359, 359/360, 360/361, 361/362, 362/363, 363/364, 364/365, 365/366, 366/367, 367/368, 368/369, 369/370, 370/371, 371/372, 372/373, 373/374, 374/375, 375/376, 376/377, 377/378, 378/379, 379/380, 380/381, 381/382, 382/383, 383/384, 384/385, 385/386, 386/387, 387/388, 388/389, 389/390, 390/391, 391/392, 392/393, 393/394, 394/395, 395/396, 396/397, 397/398, 398/399, 399/400, 400/401, 401/402, 402/403, 403/404, 404/405, 405/406, 406/407, 407/408, 408/409, 409/410, 410/411, 411/412, 412/413, 413/414, 414/415, 415/416, 416/417, 417/418, 418/419, 419/420, 420/421, 421/422, 422/423, 423/424, 424/425, 425/426, 426/427, 427/428, 428/429, 429/430, 430/431, 431/432, 432/433, 433/434, 434/435, 435/436, 436/437, 437/438, 438/439, 439/440, 440/441, 441/442, 442/443, 443/444, 444/445, 445/446, 446/447, 447/448, 448/449, 449/450, 450/451, 451/452, 452/453, 453/454, 454/455, 455/456, 456/457, 457/458, 458/459, 459/460, 460/461, 461/462, 462/463, 463/464, 464/465, 465/466, 466/467, 467/468, 468/469, 469/470, 470/471, 471/472, 472/473, 473/474, 474/475, 475/476, 476/477, 477/478, 478/479, 479/480, 480/481, 481/482, 482/483, 483/484, 484/485, 485/486, 486/487, 487/488, 488/489, 489/490, 490/491, 491/492, 492/493, 493/494, 494/495, 495/496, 496/497, 497/498, 498/499, 499/500, 500/501, 501/502, 502/503, 503/504, 504/505, 505/506, 506/507, 507/508, 508/509, 509/510, 510/511, 511/512, 512/513, 513/514, 514/515, 515/516, 516/517, 517/518, 518/519, 519/520, 520/521, 521/522, 522/523, 523/524, 524/525, 525/526, 526/527, 527/528, 528/529, 529/530, 530/531, 531/532, 532/533, 533/534, 534/535, 535/536, 536/537, 537/538, 538/539, 539/540, 540/541, 541/542, 542/543, 543/544, 544/545, 545/546, 546/547, 547/548, 548/549, 549/550, 550/551, 551/552, 552/553, 553/554, 554/555, 555/556, 556/557, 557/558, 558/559, 559/560, 560/561, 561/562, 562/563, 563/564, 564/565, 565/566, 566/567, 567/568, 568/569, 569/570, 570/571, 571/572, 572/573, 573/574, 574/575, 575/576, 576/577, 577/578, 578/579, 579/580, 580/581, 581/582, 582/583, 583/584, 584/585, 585/586, 586/587, 587/588, 588/589, 589/590, 590/591, 591/592, 592/593, 593/594, 594/595, 595/596, 596/597, 597/598, 598/599, 599/600, 600/601, 601/602, 602/603, 603/604, 604/605, 605/606, 606/607, 607/608, 608/609, 609/610, 610/611, 611/612, 612/613, 613/614, 614/615, 615/616, 616/617, 617/618, 618/619, 619/620, 620/621, 621/622, 622/623, 623/624, 624/625, 625/626, 626/627, 627/628, 628/629, 629/630, 630/631, 631/632, 632/633, 633/634, 634/635, 635/636, 636/637, 637/638, 638/639, 639/640, 640/641, 641/642, 642/643, 643/644, 644/645, 645/646, 646/647, 647/648, 648/649, 649/650, 650/651, 651/652, 652/653, 653/654, 654/655, 655/656, 656/657, 657/658, 658/659, 659/660, 660/661, 661/662, 662/663, 663/664, 664/665, 665/666, 666/667, 667/668, 668/669, 669/670, 670/671, 671/672, 672/673, 673/674, 674/675, 675/676, 676/677, 677/678, 678/679, 679/680, 680/681, 681/682, 682/683, 683/684, 684/685, 685/686, 686/687, 687/688, 688/689, 689/690, 690/691, 691/692, 692/693, 693/694, 694/695, 695/696, 696/697, 697/698, 698/699, 699/700, 700/701, 701/702, 702/703, 703/704, 704/705, 705/706, 706/707, 707/708, 708/709, 709/710, 710/711, 711/712, 712/713, 713/714, 714/715, 715/716, 716/717, 717/718, 718/719, 719/720, 720/721, 721/722, 722/723, 723/724, 724/725, 725/726, 726/727, 727/728, 728/729, 729/730, 730/731, 731/732, 732/733, 733/734, 734/735, 735/736, 736/737, 737/738, 738/739, 739/740, 740/741, 741/742, 742/743, 743/744, 744/745, 745/746, 746/747, 747/748, 748/749, 749/750, 750/751, 751/752, 752/753, 753/754, 754/755, 755/756, 756/757, 757/758, 758/759, 759/760, 760/761, 761/762, 762/763, 763/764, 764/765, 765/766, 766/767, 767/768, 768/769, 769/770, 770/771, 771/772, 772/773, 773/774, 774/775, 775/776, 776/777, 777/778, 778/779, 779/780, 780/781, 781/782, 782/783, 783/784, 784/785, 785/786, 786/787, 787/788, 788/789, 789/790, 790/791, 791/792, 792/793, 793/794, 794/795, 795/796, 796/797, 797/798, 798/799, 799/800, 800/801, 801/802, 802/803, 803/804, 804/805, 805/806, 806/807, 807/808, 808/809, 809/810, 810/811, 811/812, 812/813, 813/814, 814/815, 815/816, 816/817, 817/818, 818/819, 819/820, 820/821, 821/822, 822/823, 823/824, 824/825, 825/826, 826/827, 827/828, 828/829, 829/830, 830/831, 831/832, 832/833, 833/834, 834/835, 835/836, 836/837, 837/838, 838/839, 839/840, 840/841, 841/842, 842/843, 843/844, 844/845, 845/846, 846/847, 847/848, 848/849, 849/850, 850/851, 851/852, 852/853, 853/854, 854/855, 855/856, 856/857, 857/858, 858/859, 859/860, 860/861, 861